



Arbeit  
Bildung  
Chancengleichheit

# DAS ABC DER BERLINER INTEGRATIONSPOLITIK



Foto: Barbara Diehl

Arbeit  
Bildung  
Chancengleichheit

## DAS ABC DER BERLINER INTEGRATIONSPOLITIK



Foto: Landesarchiv Berlin

Menschen aus über 180 Ländern leben in dieser Stadt, viele in zweiter, dritter Generation. Damit verfügt Berlin über ein ungeheures Potenzial von kulturellen Einflüssen, Erfahrungen und Sichtweisen.

Berlinerinnen und Berliner mit Migrationshintergrund sind aus dem Stadtbild nicht mehr wegzudenken: als Musiker, Schauspielerinnen, Abgeordnete, Polizistinnen, Lehrer, Unternehmerinnen, Gewerkschafter.

Dennoch überwiegt in der öffentlichen Wahrnehmung „der Migrant“ als Problem. Und tatsächlich gibt es auch in Berlin wie in der ganzen Bundesrepublik Deutschland noch immer tief sitzende Mechanismen von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Diskriminierung. Viele Kinder mit Migrationshintergrund erleben erhebliche Nachteile im Bildungsbereich – wir arbeiten mit der Einführung der Gemeinschaftsschule und der Schulstrukturreform

an der weiteren Öffnung und dem Abbau struktureller Diskriminierung. Auch auf dem Arbeitsmarkt verzeichnen wir weiter erhebliche Benachteiligungen – auch von Hochqualifizierten, die nur aufgrund ihres Namens keine Chance haben. Das Land Berlin versucht deshalb mit gutem Beispiel voran zu gehen. Mit der Kampagne „Berlin braucht dich“ wollen wir junge Menschen für eine Ausbildung und danach Beschäftigung im öffentlichen Dienst und den landeseigenen Betrieben gewinnen – die Realität als Einwanderungsstadt muss sich auch in den Behörden und Institutionen, Unternehmen der Stadt widerspiegeln – sie müssen genauso vielfältig sein wie die EINE Stadt Berlin.

Das ist der Auftrag für die Berliner Politik.

Carola Bluhm  
Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales



Foto: Senatskanzlei

Die Vielfalt in unserer Stadt wächst. In Berlin leben und begegnen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Lebensweise. Darin liegt eine große Chance für Berlin als weltoffene Metropole in der Mitte Europas. Vielfalt ist allerdings auch eine Herausforderung. Sie kann anstrengend sein. Es sind daher zwei Seiten einer Medaille, die Vielfalt zu fördern und gleichzeitig den Zusammenhalt zu stärken. Eine moderne, von Einwanderung geprägte europäische Hauptstadt braucht beides.

Aufgabe der Politik ist es daher, Chancengleichheit und Rechtssicherheit zu schaffen und allen Berlinerinnen und Berlinern – gleich welcher Herkunft – die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Fähigkeiten, ihre Kreativität und ihre Kompetenzen einzubringen. Das ist der Kern der Berliner Integrationspolitik. Sie basiert auf gleichen Rechten und Chancen für alle und dem Respekt gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen.

Klaus Wowereit  
Regierender Bürgermeister von Berlin

## INHALT

### 6 Wo die Minderheit schon Mehrheit ist

8 Moderne Integrationspolitik

### 10 Wo steht Berlin, wo wollen wir hin?

12 Alte und neue Herausforderungen

### 18 Berliner Leitlinien und ihre Umsetzung

20 Metropole der Vielfalt: Berlin lebt durch Kreative

26 Arbeit: eine Perspektive für die ganze Familie

36 Ohne Nachsitzen – Bildung für die moderne Gesellschaft

43 Meine Stadt, meine Behörde

50 Zuhause in Berlin – Verantwortung im nachbarschaftlichen Zusammenleben

58 Gegen Ausgrenzung, für Menschenrechte

68 Ich bin Berlin: Teilhabe bei Einwanderern stärken

### 76 Wie es weiter geht

78 Ausblick und Zusammenfassung

# WO DIE MINDERHEIT SCHON MEHRHEIT IST

Erfolge in der Integrationspolitik sind entscheidend für Berlins Zukunft. In einigen Teilen der Stadt ist die Minderheit längst in der Mehrheit. Damit das Stadtbild in die neue Realität passt, bedarf es der gleichberechtigten Teilhabe aller am ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Leben.

# MODERNE INTEGRATIONSPOLITIK

„Für mich gilt: Berlin – das sind wir alle, egal woher wir selbst oder unsere Vorfahren stammen. Berlin bietet allen eine Chance, denn Vielfalt heißt nicht, dass der Platz eines jeden in der Gesellschaft schon feststeht.“

Klaus Wowereit, Regierender  
Bürgermeister von Berlin

„Je mehr man den Menschen einen aufrechten Gang in dieser Gesellschaft erlaubt, desto größer wird ihre Begeisterung für diese Gesellschaft sein.“

Werner Schiffauer, Ethnologe

„Wenn Journalisten mich auf meine türkische Herkunft reduzieren wollen, dann ignoriere ich das. Man muss dem Gegenüber zeigen: Es spielt keine Rolle, woher unsere Eltern kommen, sondern was man kann ist wichtig.“

Neco Çelik in „qantara.de“, Filmmacher  
und Medienpädagoge

„Was wir brauchen, ist Normalität und Lässigkeit im Umgang mit den Themen Islam und Migration.“

Pegah Ferydoni, Schauspielerin  
(„Türkisch für Anfänger“)

**Berlin ist eine Einwanderungsstadt par excellence.** Die Spreemetropole hat seit Jahrhunderten Erfahrung mit Kommenden und Gehenden. Es ist unmöglich, die kulturelle Vielfalt in den Vierteln zu übersehen. Der Wandel macht ihren Charakter aus. In Berlin treffen extreme Gegensätze ungebremst aufeinander, wie arm und reich, jung und alt, Ost und West, einheimisch und eingewandert. Oft nur wenige Meter voneinander entfernt, liegen schicke Straßenzüge mit sanierten Altbauten und noblen Geschäften neben veralteten Neubausiedlungen, in deren Parterre preiswerte Imbissstuben betrieben werden. Das alles zusammen macht die Metropole erst aus.

Seit längerem macht sich in Berlin der so genannte demographische Wandel bemerkbar. Zwar wird Berlins Bevölkerung wohl in den nächsten 20 Jahren relativ stabil bleiben. Doch hinter der Stabilität verbirgt sich eine erhebliche Fluktuation und Dynamik. Berlin wird bunter: Während die einheimische deutsche Bevölkerung altert, steigt der Anteil von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien.

**Berlin erlebt dabei Vielfalt als Bereicherung.** Was heute für moderne Unternehmen gilt, gilt ebenso für die bevölkerungsreichste Stadt Deutschlands: „Diversity“ ist eine Stärke. Einwanderer und ihre Nachkommen

sind eine der wesentlichen Ressourcen der Hauptstadt und tragen zu ihrer Anziehungskraft bei.

**Die Berliner Bevölkerung stammt aus über 180 verschiedenen Nationen.**

Sprechen wir von Zuwanderern und ihren Kindern muss klar sein: Sie stellen keineswegs eine homogene Gruppe dar. Sie sprechen verschiedene Muttersprachen, gehören diversen Religionsgemeinschaften an, pflegen unterschiedliche Lebensstile und leben in diversen sozialen Milieus. Auch innerhalb der unzähligen ethnischen Gruppen wird man den Neuberlinerinnen und Neuberlinern nicht gerecht,

wenn man sie unter „die Türken“, „die Araber“, „die Russischsprachigen“, etc. subsumiert.

**Was viele nicht sehen: längst hat sich im Berliner Stadtbild ein Bürgertum mit Migrationshintergrund eingerichtet.** Sowohl in der Kreativbranche wie in der Wirtschaft spielen Zuwanderer in Berlin eine immer größere Rolle. Allein türkische Firmengründer zum Beispiel beschäftigen hier rund 30.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und erwirtschaften laut Industrie- und Handelskammer einen Jahresumsatz von 3,5 Milliarden Euro.

Und gleichzeitig prägen Armut und soziale Ausgrenzung das Leben vieler

Menschen in Berlin. Neben dem Reichtum der kulturellen Vielfalt ist auch das eine Lebensrealität in dieser Stadt der Gegensätze. Die Armut trifft übermäßig oft Einwanderer und ihre Nachkommen. Mit dem Strukturwandel und der Deindustrialisierung Berlins seit dem Mauerfall wurde ihre vormals dringend benötigte Arbeitskraft entbehrlich. Arbeitslosigkeit wurde für allzu viele Einwandererfamilien zu einer bleibenden Erfahrung.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen und nachhaltig zu wirken kann sich die Berliner Integrationspolitik nicht in Kriseninterventionen erschöpfen. Vielmehr nimmt sie Integration immer gleichzeitig von

zwei Seiten in den Blick: Sie erkennt die kulturelle Vielfalt als Reichtum und nutzt diese als Ressource, gleichzeitig verschließt sie nicht die Augen vor der sozialen Realität in den Berliner Innenstadtkiezen. Arbeit, Bildung und Chancengleichheit sind und bleiben die drei Säulen – das ABC – eines Berliner Wegs in der Integrationspolitik. In verständlicher Sprache, mit Abbildungen und Kommentaren zeichnet die vorliegende Broschüre diesen Weg für eine breite Öffentlichkeit nach.



Als bevölkerungsreichste und flächengrößte Stadt steht Berlin vor besonderen Herausforderungen. Um sie anzupacken, hat die Berliner Integrationspolitik einen grundlegenden Wandel durchlaufen.

WO STEHT BERLIN,  
WO WOLLEN WIR HIN?

# ALTE UND NEUE HERAUSFORDERUNGEN



Foto: Landesarchiv Berlin, 167519

Die Kreuzberger Adalbertstraße (Ecke Naunynstraße) im Jahr 1974 und 2009. Sie liegt in dem Teil von Kreuzberg, das bis heute von Anwohnern als „Little Istanbul“ bezeichnet wird.

Integration heißt, Teil einer Gesellschaft zu werden, in der zwischen allen Gruppen Berührungspunkte bestehen. Damit das funktioniert, braucht man zunächst ein neues Verständnis vom Wir, bei dem zu den Einheimischen auch Namen zählen, die anders klingen als Konopke und Hoffmann. „Waschechte“ Berliner können nun mal auch Marjanovic oder Hossein heißen.

Dieses Wir-Verständnis zu entwickeln war lange nicht möglich. Denn obwohl nach dem Zweiten Weltkrieg kontinu-

ierlich Zuwanderer nach Deutschland kamen, lautete das Credo bis vor kurzem: „Wir sind kein Einwanderungsland“. Die Zuwanderungspolitik der Bundesrepublik ging jahrzehntelang davon aus, dass Einwanderung ein vorübergehendes Phänomen ist. Die Menschen, die zum Arbeiten kamen, würden bald wieder gehen, dachte man. So kam es, dass auf die Bedürfnisse der Einwandererkinder in den Schulen lange keine Rücksicht genommen wurde.



Foto: Barbara Dietl

## Das ABC der Integrationspolitik – Arbeit, Bildung, Chancengleichheit – wurde höchstens punktuell angepackt.

Diese Vernachlässigung hat fatale Folgen. Die regelmäßig durchgeführte Pisa-Studie des OECD macht seit 2001 immer wieder deutlich: **Einwandererkinder werden im deutschen Bildungswesen systematisch abgehängt.**

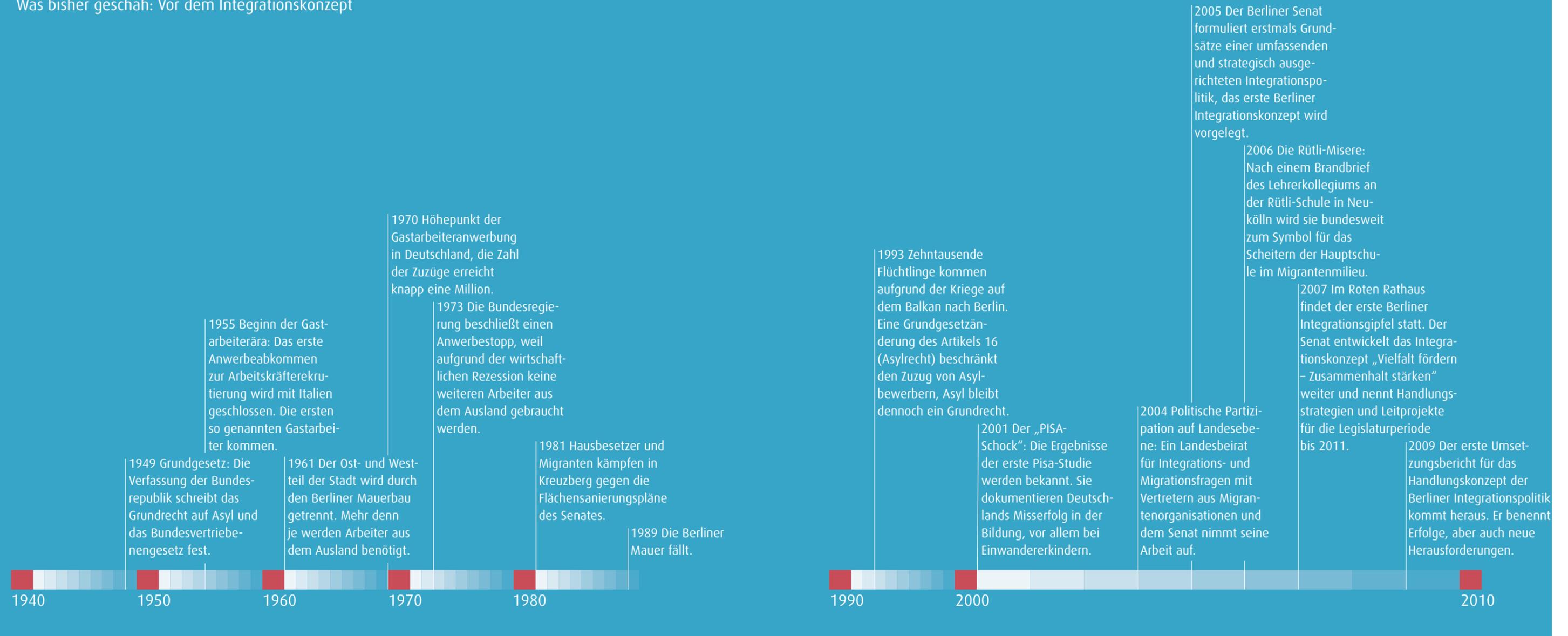
Deutschland war 2007 im internationalen Vergleich sogar Spitzenreiter bei der Benachteiligung von jungen Migrantinnen und Migranten. Die Folgen der jahrelang verdrängten Probleme sind in Großstädten wie Berlin besonders deutlich zu erkennen.

Nicht allein die Bildungsmisere hat gezeigt, dass Chancengleichheit in der Einwanderungsgesellschaft eine Herausforderung für Politik und Verwaltung ist. Der integrationspolitische Handlungsdruck in Berlin stieg noch aus einem anderen Grund: Ein tief greifender Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt hat nach dem Fall der Mauer 1989 die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändert.

Die wiedervereinte Stadt war damit überfordert, die Folgen des rapiden Wirtschaftswandels zu kompensieren. Dabei hat der Abbau der Industrie vor allem Einwanderer hart getroffen, die im Zuge der Anwerbeabkommen in den 60er und 70er Jahren als Arbeiterinnen und Arbeiter nach Deutschland geholt wurden. **Die Zahl der arbeitslosen Einwanderer liegt derzeit mit über 31 Prozent aller Erwerbsfähigen in Berlin so hoch wie in keinem anderen Bundesland.** Sie macht sich vor allem in den Innenstadtbezirken bemerkbar.

**Als bevölkerungsgrößte Stadt steht Berlin vor besonderen Aufgaben, so viel steht fest. Im Jahr 2008 hatten in der Hauptstadt rund 14 Prozent der**

## Was bisher geschah: Vor dem Integrationskonzept



**Bürger keinen deutschen Pass, jeder vierte Berliner hat einen Migrationshintergrund. In den Innenstadtbezirken blickt sogar fast die Hälfte der Bewohner auf eine familiäre Einwanderungsgeschichte zurück. Eine vernachlässigte Integration birgt daher sozialen Sprengstoff.**

In West-Berlin schaffte der Senat 1981 als erstes Bundesland das Amt der so genannten „Ausländerbeauftragten“, des heutigen Beauftragten für Integration und Migration. Seine Aufgabe ist es, die verschiedenen Arbeitsbereiche in der Politik zu koordinieren und

Ansprechpartner für Einwanderer zu sein. Die Berliner Regierung ist heute mehr denn je darauf konzentriert, mithilfe aller Ressorts eine nachhaltige Integrationspolitik zu gestalten.

Dazu hat die Politik in den vergangenen Jahren einen grundlegenden Wandel durchlaufen: Die doppelte Anforderung an die Stadt lautet, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und kulturelle Vielfalt zu fördern.

Beim Thema Integration hat es in Berlin immer wieder heftige Auseinandersetzungen gegeben. Jugendgewalt

oder die Abschottung von Frauen in traditionell-patriarchalisch geprägten Familien sind ein notwendiger Teil der gesellschaftspolitischen Debatte. Diese Debatten waren mitunter wichtige Ausgangspunkte für neue, präventive Ansätze in Schulen, Stadtteilen, bei der Polizei und in der Justiz. Es wäre jedoch fatal, die Herausforderungen der Integrationspolitik auf diese Felder zu reduzieren. Das birgt die Gefahr, die Probleme einer vielfältigen Metropole immer auf einzelne Gruppen und ihre Herkunft zurückzuführen.

Integration findet auch in den Köpfen statt. Sie ist stark mit Symbolik und gefühlter Zugehörigkeit verbunden. Wenn sich die Zeichen für Ausgrenzung von Minderheitengruppen mehreren, werden potenzielle Aufsteiger demoralisiert und Potenziale der Einwanderungsgesellschaft schlichtweg verschenkt, die für die Zukunft der Stadt von zentraler Bedeutung sind.

2005 hat der Berliner Senat daher ein Integrationskonzept vorgelegt, das erstmals strategische Leitlinien für eine ganzheitliche Integrationspolitik festschrieb. Unter dem Motto „Vielfalt

fördern – Zusammenhalt stärken“ benannte es wesentliche Aufgaben und Lösungswege für Berlin. Zwei Jahre später wurde das Konzept erweitert. Seither arbeitet Berlin in acht Handlungsfeldern, die zum Erfolg der Integrationspolitik beitragen. Zusammengefasst lauten sie:

- 1 Die Anziehungskraft einer europäischen Metropole auf kreative Menschen aus aller Welt nutzen und erhalten.
- 2 Den Zugang zu Ausbildung, Arbeit und Erwerb für alle Berliner schaffen.

Gastbeitrag Prof. Dr. Klaus Bade,  
Vorsitzender des Sachverständigenrates  
deutscher Stiftungen für Integration  
und Migration

## Integrationspolitik: Besser als ihr Ruf

# PROF. DR. KLAUS BADE

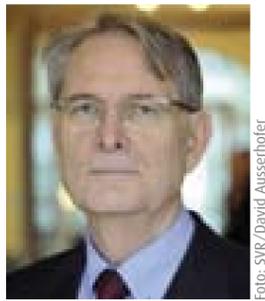


Foto: SVR/David Ausserhofer

**3** Die Verantwortung übernehmen, junge Talente zu erkennen und früh zu fördern.

**4** Eine kundenorientierte Berliner Verwaltung und interkulturell offene, soziale Dienste schaffen.

**5** Den Zusammenhalt der Bürger im Stadtraum, in Bezirken und Quartieren stärken.

**6** Eine Zivilgesellschaft fördern, die gegen Diskriminierung arbeitet.

**7** Menschenrechte und Perspektiven für Flüchtlinge auf die bundespolitische Agenda setzen.

**8** Eine gute Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirken fördern, die Integration als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe verstehen.

Der Berliner Ansatz hat einen langen Atem. Er arbeitet jenseits einer Integrations-„Projektitis“, bei der immer neue Einzelprojekte für kurze Zeit gefördert werden. Um die langfristige Arbeit und den finanziellen Aufwand über die Jahre zu optimieren, bedarf es jedoch einer aufrichtigen Evaluation. Andere europäische Staaten wie die Niederlande, Großbritannien und Dänemark sind Deutschland auf diesem Feld voraus. Hier existieren seit Mitte der 90er Jahre Monitorings, mit denen der Erfolg der integrationspolitischen Ziele überprüft wird.

Daher hat der Berliner Senat 2007 beschlossen, mit dem Integrationskonzept auch gleichzeitig Indikatoren zur Messung von Integrationserfolgen zu entwickeln. Alle zwei Jahre soll ein Bericht über den Umsetzungsstand der Initiativen und Leitprojekte aufklären.

**Der Umsetzungsbericht wird notwendige Daten und Kommentierungen liefern, um die Berliner Integrationspolitik transparent und nachvollziehbar zu machen. Auf Grundlage dieser Daten soll der Senat in die Lage versetzt werden, weitere sinnvolle Schwerpunkte zu setzen.**

Der erste Umsetzungsbericht erschien im Jahr 2009 und illustrierte den Stand der Integrationspolitik in den einzelnen Handlungsfeldern. Die Ergebnisse des ersten Monitorings machen Mut, den eingeschlagenen Weg weiter zu beschreiten: Die detaillierten Daten belegen etwa, dass Schulabbrecherzahlen gesunken sind und die Zahl der Abiturienten mit Migrationshintergrund gestiegen ist. Der Bericht zeigt aber auch Defizite auf: Nach wie vor brechen zu viele Kinder vorzeitig die Schule ab und zu viele beherrschen bei der Einschulung die deutsche Sprache nicht ausreichend.

Die Berliner Antwort auf die Schwierigkeiten in der Einwanderungsstadt ist das Integrationskonzept des Senats. Es zeigt auf, wo die Spreemetropole noch vor Herausforderungen steht und bietet Lösungen an.

Berlin ist die Hauptstadt der Integrationsprobleme. Ob es um überforderte Lehrer, „kippende“ Stadtteile oder, wie vor kurzem, um die angebliche Integrationsunwilligkeit der arabisch- und türkischstämmigen Bevölkerung geht: Berlin steht immer im Zentrum der Aufmerksamkeit und das meist mit negativen Schlagzeilen. Sicher, der bekannte Integrationsalarmismus folgt der medialen Logik, dass sich nur schlechte Nachrichten gut verkaufen.

Dabei offenbart sich jedoch zweierlei: Einerseits eine erschreckende Oberflächlichkeit des öffentlichen Diskurses, der sich gewohnt kurzschlüssig dem undifferenzierten Generalverdacht gegenüber bestimmten Einwanderergruppen hingibt. Andererseits – und für den Neu-Berliner verblüffend – wird die Berliner Debatte begleitet von einer auffallend hartnäckigen Ignoranz gegenüber den durchaus beachtlichen Erfolgen der vergangenen Jahre.

Berlin hat vor mittlerweile vier Jahren ein Integrationskonzept und damit ein strategisches Steuerungsinstrument für ein zentrales gesellschaftspolitisches Politikfeld vorgelegt. Es hat zwei Jahre später mit einem Integrationsmonitoring die Umsetzung der Politik auf eine transparente und nachprüfbare Grundlage gestellt. Und seit dem Sommer 2009 bereitet Berlin, unter breiter Beteiligung der Migrantenvertretungen der Stadt, die Einführung eines Integrationsgesetzes vor und setzt sich

mit diesem Vorhaben an die Spitze eines bundespolitischen Trends.

Natürlich steht Berlin vor großen Herausforderungen, die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor viel zu hoch – vor allem unter türkischstämmigen Migranten, auch die schulischen Leistungen der Einwandererkinder entsprechen noch lange nicht denen einheimischer deutscher Kinder. Diese Defizite haben jedoch in erster Linie soziale und ökonomische Ursachen, die nachhaltig nur durch strukturelle Veränderungen im Bildungssystem, im Übergang von der Schule in den Beruf und auf dem Arbeitsmarkt behoben werden können.

Berlin hat offenbar erkannt, dass Integrationspolitik, um nachhaltig als Querschnittsansatz wirken zu können, einer kohärenten strategischen Grundlage und Ausrichtung bedarf. Das Land hat zudem mit der Hervorhebung der Handlungsfelder Arbeit und Bildung die Schwerpunkte gesetzt, um notwendige strukturelle Reformen anzustoßen. Auch in der interkulturellen Öffnung der Verwaltung ist Berlin Vorreiter. Aufgrund des offensiven Werbens für junge Migrantinnen und Migranten konnte deren Anteil an den neu eingestellten Azubis in der Berliner Verwaltung von 8 Prozent auf rund 15 Prozent seit dem Jahr 2006 gesteigert werden. Und nicht zuletzt setzt Berlin zu Recht einen Schwerpunkt auf die rechtliche Gleichstellung von Einwanderinnen und Einwanderern.

Größerer Anstrengungen bedarf es bei der Reform des Übergangssystems von der Schule in den Beruf. Noch immer sind Einwandererjugendliche auf dem Berliner Ausbildungsmarkt massiv unterrepräsentiert. Reformen bei der beruflichen Orientierung in den Schulen, aber auch im Hinblick auf die Einstellungspraxis von Betrieben sind dringend geboten. Die in den kommenden Jahren sinkenden Schulabgängerzahlen werden ein Umdenken erfordern. Die verstärkte Einstellung von Migrantenjugendlichen geschieht jedoch nicht von alleine und muss von Seiten des Senats aktiv gefördert werden.

Eine Strategie zur Neuausrichtung des Übergangssystems wäre daher auch in Berlin nötig und müsste vom Senat gesteuert werden. Ebenso notwendig ist ein offensiveres Werben um ausländische Spitzenkräfte. Berlin geht hier mit seinem Potenzial zu nachlässig um. Die Stadt muss mit attraktiven Angeboten und guter, unbürokratischer Begleitung hochqualifizierte Ausländer anwerben.

Die Berliner Integrationspolitik ist besser als ihr Ruf. Die Stadt hat sich in den vergangenen Jahren ein tragfähiges und nachhaltiges integrationspolitisches Fundament gebaut. Nun gilt es beharrlich und durch die Auswahl der richtigen Schwerpunkte an den sichtbaren Erfolgen zu arbeiten.

Prof. Dr. Klaus Bade  
Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration



Für Neuberliner und Alteingesessene: Damit das Zusammenleben in der Millionenmetropole gelingt, übernehmen alle Senats- und Bezirksverwaltungen Verantwortung und ziehen gemeinsam an einem Strang. Integrationspolitik ist in den Mittelpunkt der Politik gerückt.

# BERLINER LEITLINIEN UND IHRE UMSETZUNG

# METROPOLE DER VIELFALT:

Berlin lebt durch Kreative



## ◆ KARNEVAL DER KULTUREN Vielfalt auf dem Asphalt

Trachten aus Afrika oder Folklore aus dem Schwarzwald, bayrische Tango-tänzer und argentinische Lederhosenträger – hier ist alles dabei. Jedes Jahr um das Pfingstwochenende herum geht es auf den Straßen von Neukölln und Kreuzberg noch bunter zu, als sonst. Bis zu 1,5 Millionen Besucherinnen und Besucher strömen dann hierher, um einem besonderen Straßenfest beizuwohnen: dem Karneval der Kulturen. 2009 traten beim

Umzug rund 100 Gruppen aus 70 Nationen auf, die tanzten, sangen und trommelten. Neun Stunden brauchte der Zug, um an den Schaulustigen vorbeizuziehen. Ohne Pause präsentierten die 4700 Teilnehmer/-innen die Vielfalt in ihrer Stadt. Der Karneval hat inzwischen Tradition. Seit 1996 feiern die Berliner ihre interkulturelle Parade, die bereits andere Städte zu ähnlichen Umzügen inspiriert hat.

◆ Mehr Impressionen vom Karneval: [www.karneval-berlin.de](http://www.karneval-berlin.de)



Fotos: Frank Böhrmer, Daniels Incononato

## Stadt des Designs, Mauerstadt, Metropole ohne Sperrstunde ...

Marco Polo

**Berlin ist ein Magnet.** Die Spree ist Ziel für Millionen von Touristen, Zehntausende ziehen jährlich hierher, und es werden immer mehr. Die Metropole ist nicht nur das politische Entscheidungszentrum Deutschlands, sondern auch sein kreativer Kern. In Berlin konzentrieren sich deutsche und internationale Forschungszentren, Unternehmen, Medien, Kunsthäuser, Galerien, Think Tanks, Musiklabels, Theater, und vieles mehr.

Kultur und Wissenschaft zählen traditionell zu den Stärken der Stadt. Laut einer Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung von 2007 hat Berlin sogar das größte kreative

Potenzial unter allen Bundesländern. Inzwischen arbeitet hier jeder vierte Erwerbstätige in der sogenannten Kreativwirtschaft – sie boomt wie nie zuvor.

Die Anziehungskraft für kreative Köpfe steigt nicht zuletzt durch die Berliner Lebensart: weltoffen und gelassen. Berlin steht für Toleranz und zieht Menschen an, die den Wandel und das Unfertige suchen. Vor allem junge Menschen, Künstler, Wissenschaftler und Studierende aus aller Welt kommen in die deutsche Kapitale. Hier können sie Ideen entwickeln und ausprobieren, die relativ günstigen Lebenshaltungskosten erleichtern

das. Die kulturelle Dynamik der Stadt beruht dabei nicht zuletzt auf der Spannung zwischen Hoch- und Subkultur, sowie einer mannigfaltigen freien Szene.

Berlin wird auch als Ort der Begegnung von Ost und West geschätzt. Die Stadt ist auf ewig mit dem Fall der Mauer verknüpft, der den Kalten Krieg beendete. Und in der erweiterten Europäischen Union ist sie vom Rand Europas in die Mitte gerückt. Von hier aus lässt sich der Kontinent neu erkunden. Ein Grund für internationale Großkonzerne, aber auch kleine Verlage und Künstler, sich in Berlin niederzulassen.

## Wo Menschen hinkommen und weggehen, verändert sich auch die Kultur.

**Zuwanderung fördert den Austausch von unterschiedlichen Traditionen, Glaubensrichtungen und Lebensstilen.**

Berlin hat damit schon lange Erfahrung: Die Stadt war in den vergangenen Jahrhunderten das Ziel von Menschen aus allen Regionen der Welt und ist es noch heute. Das beeinflusst

die Kultur bis heute auf zwei verschiedene Arten:

**1** Einerseits gibt es die Welt der klassischen Künste, die seit jeher international ist. Die Berliner sind stolz auf Künstler wie den britischen Dirigenten Sir Simon Rattle an der Philharmonie oder Daniel Barenboim, den künstlerischen Leiter der Staatsoper Unter den Linden. Berlin lockt als spannende Metropole Szenestars aus vielen Branchen an.

**2** Andererseits hat sich – weniger spektakulär, aber ebenso populär – ein kultureller Crossover „made in Berlin“ entwickelt, der ohne Arbeitsmigration,

**Gastbeitrag** Egon Chemaitis  
 Professor für Design-Grundlagen und  
 Leiter von designtransfer an der  
 Universität der Künste Berlin mit  
 eigenem Designbüro in Berlin

Es sind Berlins Schwächen,  
 die anziehen

## PROF. EGON CHEMAITIS

Oh doch, fast alle Welt strömt nach Berlin, der Rest schaut auf die Stadt. Sie ist hip, trendy, szenig, wild

Im Unterschied zu vielen anderen Städten hat sich in Berlin keine kohärente Idee bürgerlicher Ordnung entwickelt, auf die sich ihre Milieus würden verständigen können. Das schafft Valenzen und freie Räume, für Subversives und Kreatives, für Regression und Fortschritt, für Greinen und Anfeuern, für Beharrung und Versuch; und es übt in Toleranz. Der Nobelpreisträger Ilya Prigogine hat das Gehirn als dissipative Struktur beschrieben, eine Analogie, die auch auf Berlin passt.

Denn ähnlich der Performance unseres Gehirns korreliert die Performance der Stadt mit dem Grad ihrer Beanspruchung, mit der Dynamik ihres Betriebs. Prigogine hat dafür das Bild des Windsacks benutzt, der seine wahre Form entfaltet, je kräftiger es hinein bläst, wobei der Wind im Falle Berlins zu übersetzen ist als vielfältiges, frisches, fremdes, durchlässiges städtisches Leben.

Berlin ist nicht attraktiv aufgrund großstädtlicher Stärken, sondern eher aufgrund interessanter Schwächen – und ist nicht zuletzt deshalb besonders anziehend für Kreative aller Arts et Metiers. Noch ist die Stadt dabei zu sehr Bühne und zu wenig Produzent, doch Bildung und Forschung sind da, dito Kreativität, zu wünschen ist freilich eine noch stärkere Transformation dieser Intelligenzen in innovative Produkte und Produktionen. Die sogenannte Kreativindustrie spielt dabei eine vitale Rolle, und es braucht sie hier in voller Länge: als Kreative und als Industrie, als Labor und als fabbrica!

Was also könnte man sich belebender und leistungsfördernder für eine urbane Entwicklung Berlins vorstellen als kulturelle, soziale, ökonomische Diversität? In einer aktiv die Differenzen begünstigenden Form.

Prof. Egon Chemaitis  
 Universität der Künste Berlin



Foto: privat



Foto: Barbara Diehl

**Flucht und Vertreibung nie zustande gekommen wäre.** Nur ein Beispiel unter vielen sind etwa die „Balkan Beats“: Einst als sehnsüchtige Musikabende von Flüchtlingen in Berlin eingeführt, werden sie heute als post-jugoslawische Subkultur in den Nachtclubs von ganz Europa gefeiert. Auch Bücher von Einwanderern – früher als „Ausländerliteratur“ abgewertet – haben das Schattendasein verlassen. Längst werden Werke von Terézia Mora, Wladimir Kaminer, Sherko Fatah oder Esmahan Aykol in renommierten Verlagen veröffentlicht und in diverse Sprachen übersetzt.

### Aufgaben für den Kulturbereich

**Kultur und Kreativität als Brücke zwischen Berlinern unterschiedlicher Herkunft – integrationspolitisch steckt**

**darin ein enormes Potenzial.** Die Mischung aus alteingesessener und neu zugewandter Bevölkerung erzeugt bis heute eine reizvolle Atmosphäre.

Die positive Grundstimmung in Berlin zeigt, dass Vielfalt – trotz aller Probleme in der Einwanderungsstadt – ein Gewinn sein kann. Kulturelle Verschiedenartigkeit hervorzuheben und zu fördern ist eine Chance und Aufgabe zugleich, der sich Berlin seit einigen Jahren intensiv widmet. Dazu zählen zwei Aufgabenbereiche:

**1** Bislang eher „einwandererferne“ Einrichtungen wie Staatstheater, Opern, Museen oder die Kunsthochschulen werden nach und nach dafür sensibilisiert, ihren Kulturkanon und die Zielgruppe zu erweitern. Auch die Kulturverwaltung richtet ihr Augenmerk bei Ausschreibungen und Förderlinien verstärkt auf Kulturschaffende mit Migrationshintergrund.

**2** Gleichzeitig soll die bereits vorhandene Vielfalt gefördert werden: Institutionen wie das Haus der Kulturen der Welt, das international arbeitende Grips-Theater oder Veranstaltungen wie der Karneval der Kulturen sind nur einige Beispiele, die erfolgreich zwischen den Welten arbeiten. Sie ziehen jährlich Millionen Besucher an.

**In kaum einer anderen Region Europas gibt es so viele Kultureinrichtungen auf engem Raum wie in Berlin.** Ein Standortvorteil, der Berlin interessant macht. Denn: Als Unternehmer, Akademiker, Filmemacher, Künstler und Medienschaffende tragen Neuberlinerinnen und Neuberliner zum gesellschaftlichen Reichtum bei. Ohne sie wäre Berlin nicht das, was es derzeit ist: eine der attraktivsten Städte Europas für kreative Köpfe.

## überwältigende Museen oder vielfältige Galerien, große Oper oder illegale Clubs, Gourmettempel



Fotos: Ballhaus Naunynstraße



Lonely Planet

„Gazino Arabesk“:  
Szenischer Lieder-  
abend von Neco  
Çelik und Tunçay  
Kulaoğlu

#### ♦ Ballhaus Naunynstraße

Anfangs war vor dem Theater, quer über die Straße, ein Banner gespannt, auf dem stand: „Die Naunynstraße füllt sich mit Thymianduft, mit Sehnsucht und Hoffnung, aber auch mit Hass“. Es ist ein Zitat aus dem Gedicht „Was will Niyazi in der Naunynstraße“, das 1973 vom Berliner Aras Ören verfasst wurde. Mitten in jenem Teil Kreuzbergs, der bis in die 90er Jahre als Problemviertel stigmatisiert war, macht seit November 2008 ein Theater mit einem deutschlandweit einzigartigen Konzept auf sich aufmerksam. Das Schlüsselwort dabei lautet „postmigrantisch“.

Das Ballhaus Naunynstraße experimentiert mit neuen Erzählweisen. Die künstlerische Leiterin Shermin Langhoff hat als Regieassistentin beim preisgekrönten Filmemacher Fatih Akin gelernt und überträgt sein Erfolgsrezept in die Berliner Theaterszene. Hier inszeniert eine neue Generation von Bühnenexperten Schauspiele, die jenseits von Migrantenkultur anzusiedeln sind. „Postmigrantisches Theater“ hat sich von der Minderheitenperspektive befreit und bezieht interkulturelle Erfahrungen wie selbstverständlich mit ein.

Das Konzept stößt auf großes Interesse in der Stadt: Seit der Eröffnung zieht

das Haus ein breites Publikum an. In der ersten Spielzeit hatten die Künstler nahezu vollbesetzte Zuschauerreihen. Zu den Eigen- und Koproduktionen, sowie den Gastspielen kamen insgesamt 30.000 Besucher.

♦ Das Kreuzberger Ballhaus im Internet:  
[www.ballhausnaunynstrasse.de](http://www.ballhausnaunynstrasse.de)

#### ♦ Berlin in Reiseführern 2009:

♦ Marco Polo: „Stadt des Designs, Mauerstadt, Metropole ohne Sperrstunde – es gibt viele Gründe, Berlin zu besuchen. Eine Stadt mit so viel Geschichte und so vielen Gesichtern gibt es weltweit kaum ein zweites Mal.“

♦ Lonely Planet: „20 Jahre nach dem Mauerfall ist Berlin eine Stadt, die vor Lebensfreude, Schwung und Lust vibriert. Ob überwältigende Museen oder

vielfältige Galerien, große Oper oder illegale Clubs, Gourmettempel oder ethnische Imbissbuden – wonach auch immer einem der Sinn steht, ob nach piekfein oder punkig, in der deutschen Hauptstadt gibt es alles.“

♦ Merian: „Berlin ist anders. Nur hier sind Ost und West zusammengestoßen, als 1989 die Mauer fiel. Fast die Hälfte der Bewohner hat die Stadt seitdem verlassen, fast dieselbe Menge an Neuberlinern ist hinzugekommen.“

♦ Dumont: „Oh doch, fast alle Welt strömt nach Berlin, der Rest schaut auf die Stadt. Sie ist hip, trendy, szenig, wild, innovativ, multikulturell, spannend, dekadent, kreativ. Berlin ist die aufregendste Stadt der Welt.“

# ARBEIT

eine Perspektive für die ganze Familie

Berlin ist nicht nur attraktiv für Außenstehende: Die Berlinerinnen und Berliner fühlen sich wohl in ihrer Stadt, sie sind sehr zufrieden mit ihr. Das belegt die „Hertie-Berlin-Studie 2009“, eine repräsentative Bürgerbefragung zu den Lebenswelten in der Hauptstadt. 85 Prozent der Befragten gaben an, dass sie gern oder sogar sehr gern hier leben. 70 Prozent würden Berlin als Wohnort weiterempfehlen.

Dieser Umstand ist umso erstaunlicher, da den Bewohnern die Haushaltsmiserie ihrer Stadt laut Studie durchaus bewusst ist: In den Augen der meisten Befragten ist sie eine wirtschaftlich arme Großstadt mit großen Gegensätzen zwischen Armen und Reichen. Über 80 Prozent sehen in der hohen Arbeitslosigkeit ein großes Problem.

**Tatsächlich stellen die Wirtschaftskraft und der Arbeitsmarkt die Berliner Politik vor große Herausforderungen.**

Das Zusammenleben von unterschiedlichen Menschen gelingt am besten dort, wo sie einem Beruf nachgehen. Geld verdienen, gesellschaftliche Kontakte pflegen und Anerkennung bekommen – für die Integration von Zugewanderten ist das von großer Bedeutung. Langfristige Arbeitslosigkeit dagegen gefährdet nicht nur die wirtschaftliche Existenz, sondern auch das Selbstwertgefühl der Betroffenen. Je länger Menschen erwerbslos sind, desto weniger sind sie aktiv in der Gesellschaft. Unter den Migrant/-innen in Berlin sind beide Extreme Realität:

**Einerseits gibt es beeindruckende Erfolgsgeschichten:** Unter den Berlinern/-innen mit Migrationshintergrund sind Ärzte, Anwälte, Wissenschaftler und aufstrebende Unternehmer. Insgesamt ist hier jeder Fünfte selbstständig. Seit den 90er Jahren gibt es in der Stadt einen regelrechten Gründerboom unter Eingewanderten, die wegen der steigenden Arbeitslosigkeit bereit waren, Risiken einzugehen.

**Andererseits haben sich in der Hauptstadt ernste soziale und wirtschaftliche Probleme verfestigt, die in manchen Stadtteilen nicht mehr zu übersehen sind.** Hier gibt es Straßenzüge, in denen überwiegend Einwandererfamilien leben, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, nur mangelhaft Deutsch sprechen und sich kaum in anderen als dem eigenen Kulturkreis bewegen. In den Medien werden diese Viertel mit umstrittenen Begriffen wie „Ghetto“ und „Parallelgesellschaft“ belegt.

Die Zahl der Arbeitslosen in Berlin war in den vergangenen zehn Jahren schwankend, mal stieg sie, dann sank sie wieder – auch unter Einwanderern. Dabei ist zuletzt eine positive Tendenz zu verzeichnen: **Die Erwerbslosenquote unter Migrantinnen und Migranten ist zwischen 2006 und 2008 deutlich gesunken. Dennoch bleibt sie beunruhigend hoch: Noch immer sind mehr als doppelt so viele Menschen ohne deutschen Pass von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen, wie in der Gesamtbevölkerung.** Während im Jahr 2008 rund 15 Prozent aller erwerbsfähigen Berliner keiner lukrativen Arbeit



nachgegangen sind, lag die Quote unter Nichtdeutschen bei 31,4 Prozent. Für die auffallend hohe Arbeitslosigkeit unter Einwanderern gibt es verschiedene Ursachen. In Berlin spielen hauptsächlich zwei Faktoren eine Rolle:

## Die wirtschaftliche Entwicklung Berlins

**Die Stadt hat sich vom größten Industriezentrum in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einem Ballungszentrum mit wenig Industrie entwickelt.** Nach der Wiedervereinigung und dem Fall der Berliner Mauer setzte in den 90er Jahren ein rasanter

Strukturwandel ein. Die bis dahin vorhandene Berlinförderung des Westteils der Stadt fiel ebenso weg, wie die planwirtschaftlichen Großkombinate im Ostteil.

Zählte die gesamte Berliner Industrie (Ost und West) 1989 noch 378.000 Beschäftigte im Industriesektor, so waren es 2007 nur noch knapp 100.000 (Quelle: Senatsverwaltung für Wirtschaft). Damit liegt Berlin heute deutlich unter der Beschäftigtenzahl anderer Ballungszentren in Deutschland. In allen Bereichen wird der Bedarf an einfachen Arbeitern immer geringer. Die Konsequenzen des Strukturwandels wiegen schwer. In Berlin leben rund 700.000 Menschen von

Einwanderern in Berlin waren in den vergangenen 20 Jahren die ersten, die vom Jobabbau betroffen waren. Rund 30 Prozent verloren ihre feste Anstellung. Andererseits gibt es beeindruckende Erfolgsgeschichten: unter den Berliner Migrantinnen und Migranten sind Ärzte, Wissenschaftler, Anwälte und aufstrebende Unternehmerinnen und Unternehmer. Die Potenziale von Einwanderern besser zu nutzen, ist eine Priorität der Berliner Integrationspolitik.

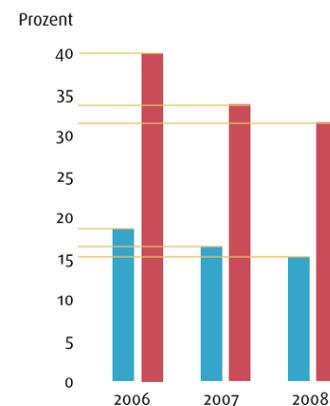
staatlichen Sozialleistungen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Davon sind viele alteingesessene Berliner Familien betroffen und besonders stark jene Migrantengruppen, die einst als so genannte „Gastarbeiter“ nach Deutschland geholt wurden.

Es ist eine Tatsache, dass diese Einwanderer in Berlin oftmals die ersten waren, die beim Abbau von Arbeitsstellen ihren Job verloren. Die größte ethnische Gruppe in Berlin etwa, mit geschätzten 200.000 Türkischstämmigen, kommt heute auf eine Erwerbslosenquote von über 40 Prozent. Jeder Zweite hat keine reguläre Beschäftigung, wie eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 2008 ermittelte.

#### ◆ Neuralgische Punkte

Um die berufliche und wirtschaftliche Eingliederung von Einwanderern und ihren Nachkommen zu fördern, setzt die Berliner Integrationspolitik an den drei kritischen Phasen des Berufseinstiegs an:

- ◆ Dem Übergang von der Schule in eine Ausbildung,
- ◆ dem Übergang von der Ausbildung in eine Beschäftigung und
- ◆ dem Einstieg ins Erwerbsleben nach vorangegangener Arbeitslosigkeit.



Arbeitslosenquote in Berlin von Deutschen und Nichtdeutschen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

## Benachteiligung bei der Einstellung

Ein anderer Aspekt, der die Integration über den Arbeitsmarkt langfristig erschwert, ist die vielfach untersuchte strukturelle Diskriminierung von Migranten und Migrantinnen. Zuletzt belegte eine Studie der internationalen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Oktober 2009: Nachkommen von Einwanderern haben in Deutschland deutlich schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als junge Menschen ohne Migrationshintergrund – auch dann, wenn beide Gruppen das gleiche Bildungsniveau haben.

Laut OECD-Studie werden dadurch besonders oft Kinder von türkischen Einwanderern aus der Bahn geworfen. Demnach ist ein Grund für ihre Benachteiligung bei Bewerbungsverfahren das stark verbreitete Klischee, jugendliche Migrant/-innen hätten Schwierigkeiten in der Schule und seien nicht ausreichend qualifiziert.

Diese Entwicklung birgt die Gefahr, dass sich für eine wachsende Gruppe von Menschen schlechte Startbedingungen zementieren. Schon jetzt gibt es in manchen Migrantenvierteln erkennbare Tendenzen einer Tradierung von Armut über Generationen hinweg. Wenn Eltern ihren Kindern keinen Arbeitsalltag vorleben, erkennt der Nachwuchs oft ebenfalls keine Perspektiven im Erwerbsleben für sich.

Die fatale Folge: „Transferleistungsdynastien“ entstehen und verhindern die Integration der Nachkommen.

Die Statistik bestätigt das: Die Zahl der Jugendlichen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die einen Ausbildungsplatz hat, ist zwischen 1993 und 2006 stetig gesunken. Bis Ende 2008 lag ihre Quote knapp über 4 Prozent aller „Azubis“ in Berlin. Zwar sind in der Statistik eingebürgerte Migranten nicht ausgewiesen, dennoch ist die Zahl der Einwandererkinder unter den Berliner Lehrlingen eindeutig zu gering.

Die Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Migrationshintergrund nachhaltig zu verbessern, ist eine drängende Aufgabe für die Berliner Politik. Integration durch Erwerbstätigkeit ist ein besonderer Schwerpunkt im Integrationskonzept der Stadt und hat höchste Priorität.

Arbeitsmarktpolitik unterliegt im föderalen System in Deutschland vor allem der Bundesregierung, die entsprechende Programme auflegt. Die Möglichkeiten des Landes sind somit begrenzt. Dennoch gibt es drei Handlungsfelder, in denen die Berliner Politik aktiv ist:

**1** Hilfe beim Ausstieg aus der finanziellen Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung: Migrantinnen und Migranten, die als Arbeiter durch den Strukturwandel ihren Job verloren haben, müssen so weit qualifiziert, beraten und unterstützt werden, dass ihnen der Wiedereinstieg ins Arbeitsleben gelingt.

**2** Mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund in Ausbildung bringen: Junge Migrantinnen und Migranten werden dabei unterstützt, eine reguläre Berufsausbildung in Betrieben zu erhalten. In Ausnahmefällen sollen sie in staatlich finanzierte Sonderprogramme vermittelt werden.

**3** Der Weg in die Selbstständigkeit wird erleichtert und begleitet: Existenzgründung ist für viele Eingewanderte eine naheliegende Perspektive auf Erwerb. Damit der Start gelingt, werden potenzielle Neuunternehmer gut beraten und auf Starthilfen aufmerksam gemacht. Bürokratische und rechtliche Hürden sollen abgebaut werden.

## Der schwere Schritt

Ein wesentliches Problem besteht darin, schwer vermittelbare Arbeitslose in die Arbeitswelt zu integrieren. Vor allem die Gruppe der ersten und zweiten Einwanderergeneration benötigt gezielte Ansätze – eine Mischung aus nachholender Integration und besonderer Qualifizierung, wie Sprachförderung und berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten.

Viele von ihnen besitzen bereits Qualifikationen, die sie aus ihrem Herkunftsland mitgebracht oder hier erworben haben. Zudem bringen sie besondere Talente mit, wie etwa Mehrsprachigkeit oder interkulturelles Wissen. Diese Fertigkeiten werden zunehmend anerkannt und bei der Suche nach Arbeitsfeldern berücksichtigt.

Um die Potenziale zu nutzen, werden im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Hier können Migrantinnen und Migranten, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben, ihre Fähigkeiten einsetzen, etwa um den Kontakt zwischen Einwanderern, Bildungseinrichtungen und der Verwaltung zu stärken.

Ein Beispiel dafür ist der „Gemeindedolmetschendienst“: Der Trägerverein Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V. hat zusammen mit dem Land Berlin und dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg Einwanderer qualifiziert: Seit 2003 wurden hier über 70 Sprach- und Kulturmittler ausgebildet, die inzwischen in der ganzen Stadt tätig sind. Ärzte, Lehrer oder Beamte können die Mitarbeiter des Dolmetschendienstes für Patiententermine oder Elternsprechstunden buchen – umgekehrt können auch Migrantenfamilien die Übersetzungsdienste in Anspruch nehmen.

Um vorhandene Stellenangebote auch für Eingewanderte zugänglich zu machen, bedarf es einer Berufsberatung, die auf die besonderen Bedürfnisse von Migranten/-innen zugeschnitten ist. Doch vielen Mitarbeitern in Job-Centern und anderen Anlaufstellen ist die Lebenswelt der Neuberliner eher fremd. Sie können weder ihre Qualifikationen einschätzen, noch kennen sie ihre Erwartungen an die Beratung. Deshalb müssen neben den Arbeitssuchenden auch Berater/-innen und Personalmanager/-innen geschult werden. Die Berliner Politik fördert

Für die Mitarbeit am Kunstprojekt die „Voliere“ wurden Azubis aus der High-Deck-Siedlung ausgebildet.



Foto: STADT UND LAND GmbH

◆ In vielen Bezirken Berlins gibt es die so genannten Integrationslotsen oder auch Sprach- und Kulturmittler: Sie bringen ihre Muttersprache Russisch, Arabisch, Kurdisch oder Türkisch mit und lernen, wie man bei Konflikten professionell vermittelt. Zusätzlich erhalten sie Kenntnisse über Behördenstrukturen, Aufenthaltsfragen und andere rechtliche Belange. Danach arbeiten sie in ihren Stadtteilen oder auch darüber hinaus, um Migranten bei Alltagsproblemen zu helfen. Als Mitglieder ihrer ethnischen Community kommen sie leichter

an die Familien heran, die Hilfe bei Behördengängen oder Schwierigkeiten mit der Schule benötigen. Finanziert werden die Integrationslotsen durch Bund, Land und den Europäischen Sozialfonds.

◆ Seit August 2006 läuft das Programm „Ausbildung in Sicht“. In sechs Monate dauernden Kursen erhalten Jugendliche Hilfe bei der Suche nach einer Ausbildung oder Arbeit und lernen währenddessen das sprachliche Handwerkzeug, das sie für ihren Berufswunsch benötigen. Bis 2009 wurden damit etwa 5.000 Berliner Jugendliche geschult und begleitet.

◆ Informationen im Internet: [www.ausbildung-in-sicht.de](http://www.ausbildung-in-sicht.de)

#### ◆ INTEGRATIONSPREIS 2008 Kunstprojekt mit Lehre

Seit 2004 vergibt der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen den mit 5000 Euro dotierten Integrationspreis für Einrichtungen, Vereine oder Initiativen, die sich in besonderer Weise für die Integration von Migrantinnen und Migranten verdient gemacht haben. Im Jahr 2008 erhielt ihn der familiengeführte Malereibetrieb Borst & Muschiol. Sein Verdienst: Die Malermeister haben junge Leute aus der High-Deck-Siedlung in die Lehre genommen, die ansonsten kaum eine Chance auf eine Berufsausbildung gehabt hätten.

Die High-Deck-Siedlung im Norden von Neukölln ist eine Neubaukolonie aus den 70er Jahren und hat inzwischen ein Imageproblem: In den vergangenen Jahren sind immer mehr bürgerliche Familien aus dem Quartier weggezogen, viele Wohnungen stehen leer, die Arbeitslosenquote unter den Anwohnern ist hoch. Die Wohnbauten-Gesellschaft „Stadt und Land“ engagiert sich vor Ort für eine positive Stadtteilentwicklung und hatte die anstehende Sanierung eines Gebäudekomplexes mit einem sozialen Kunstprojekt verbunden:

Nach dem Vorbild der Fassadenkunst in der französischen Stadt Lyon sollen graue Häuserwände verschönt werden. Auf der fast 5000 Quadratmeter

großen Fassade eines Häuserblocks haben Künstler der Cité Création aus Lyon gemeinsam mit den Anwohnern ein Bild entworfen: „Die Voliere“. Inzwischen ist das Gebäude fertig und mit Jugendstilelementen aus der Pflanzen- und Vogelwelt verziert.

Die Firma Big B, die zum Handwerksbetrieb Borst & Muschiol gehört, war von der Stadt und Land Wohnungsbau-Gesellschaft mit der Umsetzung des Fassadenprojektes beauftragt worden – unter der Auflage, dass sie bei den Arbeiten Jugendliche aus der High-Deck-Siedlung einbindet und zu Malern und Lackierern ausbildet. Sieben Ausbildungsplätze hat der Malereibetrieb so zusätzlich geschaffen, acht sollen es noch werden.

die interkulturelle Sensibilisierung der Arbeitsmarktakteure, etwa durch Fortbildungen für Angestellte in Job-Centern.

## Mehr Vielfalt für Betriebe

Die Ausbildungslage von Jugendlichen aus Einwandererfamilien ist in Berlin nicht zufriedenstellend. Im Jahr 2008 hatte etwa jeder dritte Schulabgänger und jede dritte Schulabgängerin einen Migrationshintergrund, doch nur ein Bruchteil dieser Jugendlichen bekam eine Lehre oder einen Ausbildungs-

platz. Eine wesentliche Aufgabe für die Politik ist es daher, die Ausbildungsquote dieser Gruppe zu verbessern.

Ein Weg dahin ist die Ausbildungsförderung von Migranten/-innen im Öffentlichen Dienst. Ob Forstwirt oder Bürokaufmann: Bislang sind in der Verwaltung und den öffentlichen Betrieben nur wenig Mitarbeiter mit fremd klingenden Namen angestellt. Das soll sich ändern. Unter dem Motto „Berlin braucht dich!“ hat sich der Senat ein ehrgeiziges Ziel vorgenommen: Bis 2013 soll ein Viertel der Auszubildenden in den Behörden und öffentlichen Betrieben der Hauptstadt einen Migrationshintergrund haben.

Seit dem Start der Kampagne 2006 ist ihre Zahl bereits von knapp neun auf über 14 Prozent gestiegen.

In einer Einwanderungsgesellschaft entstehen neue Arbeitsfelder, wie etwa kultursensible Altenpflege, eine spezialisierte Reisebranche oder ethnische Gastronomie. In Berlin gibt es Tausende Gewerbetreibende mit Migrationshintergrund – doch nur die Wenigsten davon bilden bislang beruflichen Nachwuchs aus. Als Grund dafür werden oft die hohen bürokratischen Hürden angegeben, die ein ausbildender Betrieb überwinden muss. Seit 2007 gibt es für solche Unternehmen zahlreiche Beratungsmöglichkeiten, wer will, wird bei der Einrichtung von Ausbildungsplätzen begleitet.

Ein staatlich anerkannter Ausbildungsberuf ist Türöffner ins spätere Berufsleben. Schwer vermittelbare Jugendliche, mit mäßigen oder keinen Schulabschlüssen und Sprachdefiziten, haben jedoch in der Regel kaum eine Chance auf einen dieser regulären Ausbildungsplätze. Sie wurden oftmals in so genannte berufsvorbereitende Maßnahmen gelenkt. Viele empfinden die Berufsvorbereitungen jedoch als Warteschleife, als kleinen Aufschub vor der Arbeitslosigkeit. Tatsächlich bieten die staatlich finanzierten, außerbetrieblichen Ausbildungen wenig Chancen auf einen späteren Job in einem Betrieb.

Damit diese Jugendlichen aus Einwandererfamilien eine Perspektive erhalten, wird in Berlin ein Modellprojekt umgesetzt: die Berufsausbildung in Portionen. Hier können junge Migranten einzelne Ausbildungsabschnitte absolvieren und erhalten Leistungsnachweise dafür. Damit sollen schwer vermittelbare Jugendliche in mehreren Etappen einen Ausbildungsabschluss nach dem Berufsbildungsgesetz erlangen.

## Großer Pioniergeist

In Berlin wächst der Anteil von Unternehmerinnen und Unternehmern aus Einwandererfamilien stetig. Die

Gründungsbereitschaft von Einwanderern ist nach wie vor höher als in der gesamten Bevölkerung. Viele Migranten/-innen machen sich selbstständig, um der Arbeitslosigkeit zu entkommen. Der Sprung in die Selbstständigkeit wird in solchen Fällen oft nicht gründlich genug vorbereitet. Vielen Existenzgründern fehlen kaufmännische Kenntnisse oder Informationen über günstige Kredite und sie starten mit hohen Risiken. Der häufigste Grund für Schulden unter Einwanderern ist eine gescheiterte Selbstständigkeit.

Die Berliner Senatsverwaltung, Bezirke und Vereine ethnischer Unternehmer bieten daher gezielte



♦ Ali Obeid –  
Bademeister  
von Morgen

Gründerberatungen an. Damit sie die Betroffenen erreichen, ist eine Vernetzung der Akteure sehr hilfreich. Der Senat wirbt gemeinsam mit den Beratungsprojekten und relevanten Finanzinstitutionen dafür, dass Migranten die vorhandenen Förderangebote kennenlernen und nutzen, wie etwa preiswerte Kredite und kostenlose Buchhaltungs-Seminare. Um die Zusammenarbeit zu intensivieren und die Bedürfnisse der Selbstständigen mit Migrationshintergrund kennenzulernen, wurde eine Dialogplattform eingerichtet, bei der Senat, Kammern, Vertreter der Arbeitsagentur und ethnisch ausgerichteter Einrichtungen zusammenkommen.

## Ein Arbeitsplatz – die größte Chance und Hürde zugleich

Für den Berliner Arbeitsmarkt gilt das gleiche, wie in allen anderen Städten: Die Folgen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 sind noch nicht absehbar. Ob die positive Entwicklung der vergangenen Jahre anhält, ist schwer vorherzusagen. Seit der Arbeitsmarktreform von 2005 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer ohne deutschen Pass von rund 62.000 in zwei Jahren auf knapp 69.000 gestiegen. Ähnlich positiv ist die Situation im Hinblick auf selbstständig beschäftigte Personen in der Hauptstadt.

Doch die derzeitige Wirtschaftskrise kann die sozialen Probleme wieder verstärken. Ob die Integration einer Vielzahl von Einwanderern in Berlin gelingt oder nicht, hängt stark von ihrer Eingliederung ins Erwerbsleben ab. Die Berliner Integrationspolitik muss in den Brennpunkten daher mit einem Reformmix aktiv werden, der sowohl die Integration in der Privatwirtschaft fördert, als auch auf dem öffentlichen Sektor Arbeitsplätze schafft.

Die Förderung von Einwanderern und ihren Nachkommen auf dem Arbeitsmarkt ist keine Wohlfahrtspolitik. Die Investitionen rechnen sich volkswirtschaftlich: Nach Schätzungen von Experten kostet eine mangelnde Integration von Zuwanderern auf dem Arbeitsmarkt jährlich über 16 Milliarden Euro in Deutschland, wie eine Studie von 2007 im Auftrag der Bertelsmann Stiftung besagt. Dazu zählen Steuerausfälle, nicht geleistete Sozialbeiträge und Transferleistungen.

Angeht es demografischen Wandels geht es zudem darum, die brachliegenden Potenziale einer Einwandererstadt im internationalen Wettbewerb zu nutzen. Schließlich sollen bei dem Bemühen, neue Talente nach Berlin zu holen, bereits vorhandene Potenziale nicht übersehen werden.

### ♦ Ali Obeid – Bademeister von Morgen

Gefragt, was sie beruflich werden wollen, antworten viele Jugendliche aus Einwanderervierteln „Automechaniker“, „Frisör“ oder „Verkäufer“. Die wenigsten kamen bis vor Kurzem auf die Idee zu sagen, „Kaufmann für Bürokommunikation beim Innenminister“. Deshalb entschied sich das Land für eine entsprechende Kampagne: Unter dem Motto „Berlin braucht dich!“ wirbt es seit 2006 bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst.

Nur so gelangte etwa der 22-jährige Ali Obeid 2007 zu seiner Azubi-Stelle bei den Berliner Bäderbetrieben. „Ich wäre selbst nie auf die Idee gekommen“, sagt er heute. Nach der Schule habe er erstmal „nix“ gemacht, dann hat eine Berufsberaterin dem sportlichen jungen Mann vorgeschlagen, sich als Bademeister zu bewerben. Seine Freunde arbeiten in einer Autowerkstatt, sagt Ali Obeid. Ihm gefällt, dass er Kindern Schwimmen beibringen darf. Hier hat er sogar einen Vorteil, seinen



Kollegen gegenüber: „Es gibt viele Badegäste, die kein Deutsch sprechen“, erklärt er. Er könne seine Arabischkenntnisse öfter einsetzen, das komme gut an.

Als „Fachangestellter für Bäderbetriebe“ im Kombibad Spandau sorgt Ali Obeid nicht nur für die Sicherheit der Badegäste. Zu den Aufgaben des Auszubildenden gehört auch die Leitung von Schwimm- und Aquafitness-Kursen. Außerdem arbeitet er an der Kasse und in der Verwaltung mit und wartet die technischen Anlagen.

Das Ziel der Kampagne: Bis 2013 soll ein Viertel der Auszubildenden beim Land Berlin und bei Betrieben mit Landesbeteiligung einen Migrationshintergrund haben. Damit will die Politik ein Vorbild für die Privatwirtschaft sein, die in Zukunft ebenfalls mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund ausbilden soll.

♦ Weitere Informationen über die Kampagne unter [www.berlin-braucht-dich.de](http://www.berlin-braucht-dich.de)

**Gastbeitrag** Safter Çınar, Beauftragter für Migrations- und Integrationsfragen des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg

Es ist die Mühe wert

## SAFTER ÇINAR

Die bedeutende Rolle der Arbeitsmarktintegration zur gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund dürfte unstrittig sein. Ebenso, dass dafür eine gute Ausbildung notwendig ist und dass das deutsche Schulsystem dafür die Bedingungen noch nicht geschaffen hat.

Der folgende Befund allerdings ist alarmierend: „Nachkommen von Einwanderern haben in Deutschland und Österreich deutlich schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als junge Menschen mit zumindest einem im Inland geborenen Elternteil. Dies gilt auch, wenn sie das gleiche Bildungsniveau erreichen.“ (Siehe OECD-Studie von 2009. Vergleichszahlen für 16 Staaten zur Arbeitsmarktintegration der im Inland geborenen Nachkommen von Migranten).

Wie sollen junge Menschen mit Migrationshintergrund unter diesen Umständen motiviert werden, sich für ihre Bildung anzustrengen?

Solche Ergebnisse machen nicht gerade Mut. Gerade deshalb müssen neben der Umstellung des Bildungssystems besondere Arbeitsmarktmaßnahmen ergriffen werden. Insbesondere sollte die sprachliche Förderung als Regelanspruch ausdrücklich im Sozialgesetzbuch und ins Aufenthaltsgesetz aufgenommen werden.

In Berlin unternimmt der öffentliche Dienst begrüßenswerte Anstrengungen zur Ausbildung und Beschäftigung von Migranten/-innen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass – nachgewiesene – interkulturelle Kompetenzen und Kenntnisse der Migrantensprachen bei der Einstellung in allen Verwaltungen in Zukunft ausdrücklich als Faktor berücksichtigt werden.

Safter Çınar  
DGB Berlin-Brandenburg



Foto: Georg Krause



Foto: Metropol FM

Foto: Soner Süral



Foto: KATY OTTO

### ◆ KULTURSENSIBLE ALTENPFLEGE

#### Memorie und Linsensuppe

Neue Arbeitsfelder in der Einwanderungsgesellschaft: In der Kamil-Tagespflege in Berlin-Tiergarten werden demenzkranke Senioren „kultursensibel“ betreut. Das heißt, sie bekommen Gerichte, die sie von zuhause kennen und sind auch sonst in sicheren Händen, was ihre Gewohnheiten angeht. Das hier beschäftigte Personal ist interkulturell und mehrsprachig.

### ◆ METROPOL FM

#### Türkische Erfolgswelle

Auf der UKW-Frequenz 94,8 können Berlinerinnen und Berliner türkische Musik und deutschtürkische Nachrichten und Beiträge hören. Seit zehn Jahren sendet der Radiosender Metropol FM von Kreuzberg aus das erste 24-Stunden-Programm auf Türkisch. Inzwischen auch in andere Bundesländer. Hier: Die Moderatorin Asli Erman im Interview mit dem Sänger Ferhat Göcer aus der Türkei.

### ◆ QUALIFIZIERUNG IN KURSEN

#### Wo geht's hier ins Internet?

Um Langzeitarbeitslose mit Migrationshintergrund für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren, bieten Trägervereine wie etwa der „Türkische Bund Berlin“ spezielle Fortbildungen und Schulungen an. Hier lernen türkische Frauen und Männer in zwei- bis sechswöchigen Kursen Grundlagen für den Umgang mit dem PC, wie sie sich auf den Internetseiten der Job-Center zurecht finden und Bewerbungen schreiben können. Die Unterrichtssprache ist Deutsch oder Türkisch.

# OHNE NACHSITZEN

Bildung für die moderne Gesellschaft



Hier wird nicht nur betreut: Je früher Kinder Deutsch lernen und gefördert werden, desto bessere Chancen haben sie in der Schule. In Berlin ist das letzte Kita-Jahr daher kostenlos.



Fotos: Barbara Diel

**Bildung – das ist inzwischen Konsens – ist ein Türöffner in die Gesellschaft.** Der Kindergarten und die Schule ebnen den Weg für Integration, zumindest wenn alles gut läuft und Kinder gute Startbedingungen haben. Hier beginnt jedoch ein Teufelskreis, der die deutsche Bildungspolitik vor große Herausforderungen stellt: Beim schulischen Erfolg eines Kindes kommt es bislang stark auf das Elternhaus an.

Eine Vielzahl von Studien belegt, wer mit mangelhaften Deutschkenntnissen und wenig Lernerfahrung in die Schule kommt, hat bislang kaum eine Chance, sich positiv zu entwickeln. Kinder aus so genannten bildungsfernen Familien haben bereits bei der Ein-

schulung schlechtere Voraussetzungen, die sie oftmals während der Schulzeit bremsen. Denn auch neben der Schule gibt es zu wenig Fördermöglichkeiten. Wenn Eltern ihren Kindern bei den Hausaufgaben nicht den Satz des Pythagoras, Akkusativ oder Dativ erklären können, hat der Nachwuchs einen deutlichen Nachteil.

**In Deutschland gilt daher oftmals die Regel: Einmal Hauptschule, immer Hauptschule. Erfahrungen von mangelnden Aufstiegschancen oder Misserfolg ziehen sich in bildungsfernen Familien durch Generationen hindurch.**

Das Bildungswesen wirft vor allem Einwandererkinder aus der Bahn, de-

ren Eltern in den 60er und 70er Jahren als ungelernete Arbeiter nach Deutschland geholt wurden. Durch den Abbau der Industriebeschäftigten sind viele dieser Familien von Arbeitslosigkeit geprägt. Das Gefühl, dass die Hauptschule die Endstation ihrer Karriere ist, ist gerade bei diesen Schülern stark verbreitet.

Dabei reden wir hier nicht von Einzelfällen: In Innenstadtbezirken wie Kreuzberg, Neukölln und Mitte stammen inzwischen knapp zwei Drittel der jungen Bevölkerung aus Migrantenfamilien, so das Amt für Statistik. Die Zahl der Kinder aus Einwandererfamilien steigt. Jeder dritte Schüler, jede dritte Schülerin hat in Berlin inzwischen einen Migrationshin-

tergrund. Aufgrund von sprachlichen Schwierigkeiten und anderer Hürden bleiben Kinder aus Einwandererfamilien im vielgliedrigen Schulsystem überdurchschnittlich oft auf der Strecke. Der Anteil unter ihnen, der die Schule ohne Abschluss verlässt, ist mit 16,5 Prozent mehr als doppelt so hoch wie unter Kindern deutscher Herkunft.

Die Vergleichsstudien PISA und IGLU haben gezeigt, dass das deutsche Bildungssystem insbesondere die Benachteiligungen von Schülerinnen und Schülern aufgrund sozialer Herkunft nicht ausgleicht – im Gegenteil, der Missstand wird oft sogar verstärkt. Diese Erkenntnis war bundesweit für viele ein Schock.

Dabei hat kein Bundesland hat so schnell und konsequent auf den „PISA-Schock“ reagiert wie Berlin. Der Senat hat die Förderung von Nachkommen aus bildungsfernen Familien und Einwandererhaushalten zu einem zentralen Anliegen gemacht. Integrationspolitik definiert hier den Auftrag von Kindertageseinrichtung und Schulen neu: Sie sind die wichtigsten Integrationsinstanzen und müssen soziale Ungleichheiten langfristig abbauen und nicht länger reproduzieren.

**Die wichtigsten Ziele dabei lauten:**  
 ♦ Mehr Kindern und Jugendlichen aus Einwandererfamilien zu (höheren) Bildungsabschlüssen verhelfen.



Fotos: Barbara Driehl



♦ **Stadtteilmutter in Aktion**  
Eine Stadtteilmutter erklärt einer türkischen Frau, wie das Schulsystem in Berlin funktioniert. Wer will, dass Kinder aus Migrantenfamilien besser Deutsch sprechen und ihre Stärken entfalten, der muss an die Eltern ran.

♦ Eine Lernkultur und neue Lehrmethoden schaffen, die die Vielfalt der Schülerschaft berücksichtigt.  
♦ Eltern mit Migrationshintergrund beim Bildungsweg ihrer Kinder verstärkt einbeziehen.

Bereits im Jahr 2004 wurde in Berlin ein neues Schulgesetz verabschiedet, das die Rechte und Pflichten von Schülern, Eltern und Schulen verbindlich regelt. Interkulturelle Bildung und Erziehung wird explizit als „besondere Bildungs- und Erziehungsaufgabe der Schule“ genannt. 2005 hat der Senat mit dem Programm „Integration durch Bildung“ erstmals konzeptionelle Leitlinien für die Förderung von Kindern aus Einwandererfamilien geschaffen. Zudem arbeitet Berlin an einem massiven Wandel der Schulstruktur. Zwei Bereiche sind wesentlich für die neuen Leitlinien:

## 1. Je früher, desto besser: Sprache und Bildung für die ganz Kleinen

Vorschulische Bildung ist eine elementare Voraussetzung für Erfolg in der Schule – und damit für Integration. 2004 wurde ein Bildungsprogramm für frühkindliche Förderung in Kindertagesstätten (Kitas) aufgelegt. Die Kleinen werden hier nicht länger nur betreut, sie werden gefördert und sollen spielend lernen. Damit das auch funktioniert, wurde die Ausbildung für

Erzieherinnen und Erzieher grundlegend reformiert und eigens neue Fortbildungen geschaffen, die das Personal für die neuen Anforderungen schulen.

Ein weiteres Schlüsselwort lautet **Sprache – nur wer sie beherrscht, hat gute Chancen in der Schule**. Die Bildungsforschung hat vielfach bewiesen: Kinder, die sprachlich früh zu Hause gefördert werden oder eine Kindertageseinrichtung mit Sprachförderung besuchen, schneiden in der Schule von Anfang an besser ab.

♦ Deshalb erhält in Berlin seit 2006 jedes Kind am ersten Tag in der Kita ein „Sprachlernstagebuch“, das nach und nach vom Erzieher/der Erzieherin und dem Sprössling ausgefüllt wird. Erste Buchstaben, Bilder, Übungsblätter werden hier abgeheftet und zeigen die Fortschritte, die Kinder bis zum Schulbeginn machen.

♦ Seit 2008 nimmt jedes Kind ein Jahr vor der Einschulung an einer Sprachprüfung teil. Werden Schwierigkeiten deutlich, wird das Kind im verbleibenden Jahr gezielt gefördert und auf den Schulbeginn vorbereitet – auch wenn die Eltern es bislang nicht in einer Kita untergebracht hatten.

Die meisten Kinder profitieren bereits vom vorschulischen Angebot, 93 Prozent des Berliner Nachwuchses zwischen drei bis sechs Jahren haben einen Kitaplatz. Im Jahr vor der Einschulung sind es sogar über 98 Prozent (Stand: Ende 2008), das Kita-Jahr vor dem Schulbeginn ist in Berlin kostenbeitragsfrei.



Foto: Thomas Lobenwein

Die Rütli-Schule in Neukölln: Auf dem Gelände um die Schule herum soll das erste Integrationszentrum Berlins entstehen. Der Campus Rütli bietet Betreuung von der Grundschule bis zum Abitur.

### ♦ Campus Rütli – Von der Brennpunktschule zu pädagogischem Neuland

Wenn es nicht gerade im Fokus der Öffentlichkeit steht, liegt das Schulgebäude in einer ruhigen Seitenstraße. Hier rollen ab Anfang 2010 Planiermaschinen und Schaufelbagger an, um den Bau des „Campus Rütli“ zu beginnen. Das Herzstück wird die Gemeinschaftsschule sein, zu der die Rütli-Haupt-, Heinrich-Heine-Real- und Franz-Schubert-Grundschule seit 2008 zusammengewachsen sind.

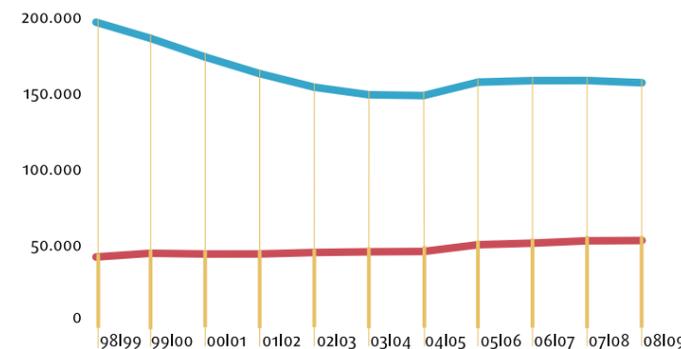
Die Rütlistraße liegt im Reuterquartier. Die Arbeitslosenquote ist hier doppelt so hoch wie im Berliner Durchschnitt, die Gegend ist ein traditionelles Arbeiterviertel. „Campus Rütli“ ist daher ein einmaliges Bildungs- und

Integrationsprojekt: Im Umkreis der Schule entsteht ein 50.000 Quadratmeter großer Campus, der Kindern bis zur Ausbildung oder dem Abitur gute Bildungschancen bieten soll. Geplant sind Grünflächen, Spielplätze, eine Quartiershalle für Sport und Veranstaltungen, ein Elternzentrum und Angebote zur Familienberatung. Pädagogen/-innen und Sozialarbeiter/-innen sollen hier von morgens bis spät abends betreuen.

Ein kleiner Rückblick: 2006 erlangte die Rütli-Schule bundesweit traurige Berühmtheit, nachdem ein Brandbrief des Kollegiums bekannt wurde. „Die Stimmung in den Klassen ist geprägt von Aggressivität, Respektlosigkeit und Ignoranz Erwachsener gegenüber“, schrieben die Lehrer damals an

den Senat, „wir sind ratlos, brauchen dringend Hilfe.“ Hunderte Journalisten kamen nach Neukölln und wollten über das Drama im Migrantenviertel berichten. Der Name „Rütli“ wurde zum Synonym für das Scheitern der Hauptschule und für die Probleme im Einwanderungsland.

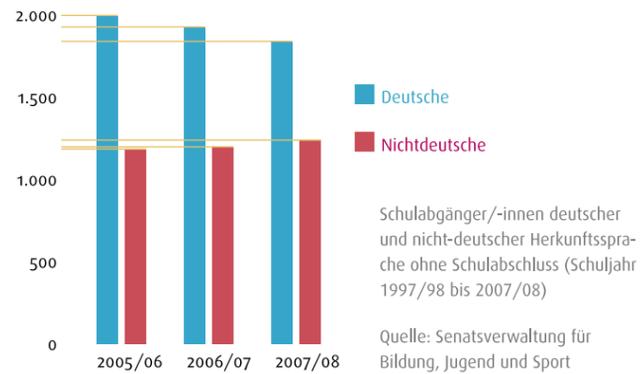
Das inzwischen 100 Jahre alte Lehrgebäude war eine der ersten Reformschulen in Deutschland. Hier durften Jungen und Mädchen gemeinsam unterrichtet werden, als das noch keineswegs üblich war. Jungen lernten Handarbeit genauso wie Mädchen und man durfte die Lehrer duzen. Der Schritt zur Gemeinschaftsschule auf einem pädagogischen Neuland soll sie nun erneut zum Vorbild für fortschrittliches Lernen machen.



■ Deutsche  
■ Nichtdeutsche

SchülerInnen deutscher und nicht-deutscher Herkunftssprache an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen bis 2009

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg



Berlin hat konsequent auf den „PISA-Schock“ reagiert. Um die strukturelle Benachteiligung von Kindern aus nichtakademischen Familien abzubauen, hat der Senat die Abschaffung des vielgliedrigen Schulsystems beschlossen und wirbt um mehr Lehrer mit Migrationshintergrund.

## 2. Neuer Ansatz für Schulen

Das deutsche Bildungswesen benachteiligt bislang also Kinder, deren Eltern sie nicht unterstützen können. Verantwortlich für diesen „Systemfehler“ ist nach Einschätzung vieler Experten das vielgliedrige Schulsystem, das Kinder in sehr frühem Alter auf eine bestimmte Bildungslaufbahn festlegt und Weichen stellende Entscheidungen der Eltern fordert.

**Berlin wagt daher einen tiefgreifenden Reformprozess: Um die strukturelle Benachteiligung von Kindern aus nichtakademischen Familien abzubauen, hat der Senat die Abschaffung des vielgliedrigen Schulsystems beschlossen.**

**Dafür ist geplant, die bisherigen Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu einer integrierten Schulart zusammenzufassen: der Sekundarschule.** Sie soll flächendeckend in ganz Berlin als Ganztagschule eingeführt werden und alle Abschlüsse bis zum Abitur bieten. Dazu zählt ein intensives Angebot an Sprachförderung. Schulen mit größerem Förderbedarf erhalten schon jetzt mehr Geld, die Lernmethoden werden an festgelegte Qualitätsstandards angepasst. Neben der Sekundarschule soll das Gymnasium als weiterführende Schulart bestehen bleiben, die sich stärker auf individuelle Stärken von Schülern konzentrieren wird.



Fotos: Barbara Diehl

Als erster Schritt bei der Schulreform läuft seit dem Schuljahr 2008/09 die vierjährige Pilotphase für eine Gemeinschaftsschule, an der sich 18 Berliner Häuser an 14 Standorten beteiligen. Sie soll eine höhere Durchlässigkeit im Bildungssystem zwischen Haupt- und Realschule sowie Gymnasium ermöglichen. Individuelle Förderung, selbstständiges Lernen und fortschrittliche Lehrmethoden stehen hier im Vordergrund.

**Soll der Strukturwandel bildungsferne Familien erreichen, muss die Zusammenarbeit zwischen Kitas, Schulen und Eltern gefördert werden.** Denn ohne die Eltern geht es auch in Zukunft nicht. Sprachbarrieren, mangelndes Wissen über das Schulsystem und Überforderung halten Migranten und Migrantinnen vielfach davon ab, den Bildungsweg ihrer Kinder zu unterstützen. Berlin setzt hier auf niedrigschwellige Angebote, wie die inzwischen international renommierten „Stadtteilmütter“ oder „Elternbegleiter“. Als Mitglieder der Community, die die Muttersprache der Eltern sprechen, führen sie Hausbesuche in Neukölln und Kreuzberg durch. Das Erfolgsrezept: Sie werden zu den Familien geschickt, statt zu warten, bis diese selbst eine soziale Einrichtung aufsuchen.

**Berlin wirbt außerdem bei Abiturienten aus Zuwandererfamilien für das Lehramtsstudium. Denn die Vielfalt in den Klassenzimmern muss sich im Lehrerzimmer widerspiegeln.** Doch das ist bislang nicht der Fall: In einigen Schulen Berlins treffen sogar bis zu 80



Prozent Schüler mit Migrationshintergrund auf eine Belegschaft, in der niemand ihre Muttersprache beherrscht oder ihre Kultur aus eigener Erfahrung kennt. Im Rahmen der Kampagne „Berlin braucht dich!“ (siehe Seite 44) wirbt Berlin um Lehrerinnen und Lehrer, die selbst aus Einwandererfamilien stammen. Ihre Zahl soll in den kommenden Jahren deutlich steigen.

**Damit sich in den Schulen die Lernbedingungen für alle Kinder deutlich verbessern, bedarf es jedoch nicht nur neuer Ideen, sondern auch mehr Geld. 310 Millionen Euro aus Landes- und Bundesmitteln wird der Senat 2009 und 2010 in den Strukturumbau und in die Sanierung von Schulen und Schulsportanlagen investieren. Damit gibt Berlin – trotz seiner angespannten Haushaltslage – für den Ausbau und die Reformierung des Bildungssystems so viel Geld aus, wie kein anderes Bundesland.**

Ein so gravierender Wandel, wie ihn die Berliner Bildungslandschaft erfährt, stellt viele Gewohnheiten auf den Kopf und verunsichert Menschen. Doch auch, wenn noch einiges austariert werden muss – die neuen Wege von der Kita über die Grundschule bis zur weiterführenden Schule sind dringend notwendig. Mit den Bildungsreformen wurde erstmals der Grundstein dafür gelegt, dass Einwandererkinder die gleichen Bildungschancen erhalten, wie Kinder aus einheimischen deutschen Familien.

**Laut erstem Umsetzungsbericht zum Berliner Integrationskonzept von 2009**

Es kommt aufs Elternhaus an: Kinder, die zuhause unterstützt werden, haben in der Schule bessere Chancen. Die Schulreform will das abmildern.

**zeichnen sich erste Erfolge der modernisierten Bildungspolitik ab:** Die Zahl der Schulabbrecher aus Einwandererfamilien ist in den vergangenen drei Jahren (bis 2008) um mehr als zwei Prozentpunkte zurückgegangen. Die Zahl der Abiturienten mit Migrationshintergrund hat sich in den vergangenen Jahren stetig vergrößert und lag 2008 bei 21,8 Prozent (Vergleich 2003: 12,2 Prozent). Insgesamt haben sich alle Berliner Schülerinnen und Schüler in der zuletzt durchgeführten PISA-Studie in den Fächern Lesen, Mathematik und in Naturwissenschaften leicht verbessert.

Der Bericht zeigt aber auch: Der Handlungsbedarf bleibt nach wie vor groß. Noch immer verlassen zu viele Schüler/-innen die Schule ohne einen qualifizierten Abschluss und noch immer liegt die Zahl der Abiturienten/-innen aus Einwandererfamilien unter dem Gesamtdurchschnitt. Zudem besagt die PISA-Studie: Jeder vierte Berliner Schüler hat zu geringe Lesefähigkeiten, um auf eine weiterführende Schule zu gehen.

Fest steht also, von den Reformen und Investitionen in das Bildungssystem hängt der Integrationserfolg zukünftiger Generationen ab. Die Berliner Bildungsreform bringt daher ein wesentliches integrationspolitisches Ziel zur Geltung: mehr Durchlässigkeit für alle Schülerinnen und Schüler auf dem Weg nach oben. Und das auf absehbare Zeit.

Gastbeitrag Prof. Dr. Petra Stanat, Ph.D.  
 Freie Universität Berlin  
 Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie  
 Arbeitsbereich Empirische Bildungsforschung

## Sprache ist der Schlüssel zur Integration

# PROF. DR. PETRA STANAT

„Sprache ist der Schlüssel zur Integration“ – dieser Aussage wird kaum jemand widersprechen. Umso alarmierender ist der Befund internationaler Schulleistungsstudien: In Deutschland scheint es weniger gut zu gelingen als in anderen Staaten, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund beim Erwerb der Unterrichtssprache zu unterstützen.

Als Konsequenz wurden in Berlin in den letzten Jahren vielfältige Maßnahmen der Sprachförderung eingeführt. Ein Jahr vor Schuleintritt wird der Sprachstand aller Kinder erfasst, um Kinder mit Förderbedarf in den Kitas gezielt zu unterstützen. Berliner Schulen erhalten ab 40 Prozent Schülerinnen und Schülern mit nichtdeutscher Herkunftssprache und/oder Lernmittelbefreiung zusätzliches Personal für Sprachförderung. Schulen sind aufgefordert, auf der Grundlage zentraler Vorgaben ein Sprachförderkonzept zu entwickeln, das sowohl in den Fachunterricht integrierte als auch ergänzende Komponenten enthalten kann. Weiterhin hat Berlin am Programm FörMig teilgenommen, in dem vielfältige Fördermaßnahmen erprobt worden sind.

Eine Antwort auf die Frage, wie wirksam die verschiedenen Maßnahmen der Sprachförderung sind, kann bislang jedoch weder in Berlin noch in anderen

Bundesländern gegeben werden. Belastbare Studien zur Effektivität von Förderansätzen wurden in Deutschland kaum durchgeführt. Aber auch in dieser Hinsicht hat sich Berlin inzwischen auf den Weg gemacht.

In Kooperation mit der FU und der PH Karlsruhe führt das Institut für Schulqualität Berlin-Brandenburg (ISQ) derzeit eine Evaluation von Sprachförderung durch, die zwei Säulen umfasst: Mit einer Befragung soll erstens festgestellt werden, welche Maßnahmen der Sprachförderung Berliner Schulen einsetzen. Im Rahmen eines vom BMBF geförderten Forschungsprojekts soll zweitens systematisch geprüft werden, inwieweit zwei verbreitete Ansätze der Sprachförderung (sprachsystematischer DaZ-Unterricht und fachintegrierte Sprachförderung) wirksam sind. Dieses Evaluationsprogramm wird einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Phase des Ausprobierens vielfältiger Ideen allmählich durch die systematische Umsetzung und Weiterentwicklung pädagogisch fundierter und empirisch geprüfter Förderansätze abzulösen.

Prof. Dr. Petra Stanat  
 Freie Universität Berlin



Foto: privat

# MEINE STADT

Meine Behörde

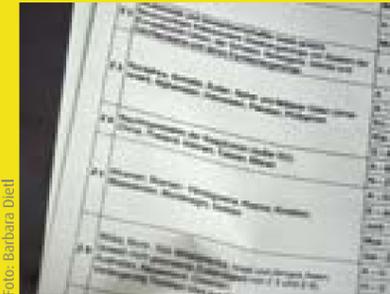


Foto: Barbara Diehl

♦ **Interkulturelle Öffnung auf Probe**  
 Mehr Kundenorientierung: Viele Angebote der Bezirksverwaltung, wie etwa im Gesundheitswesen oder in sozialen Diensten, werden von Bewohnern und Bewohnerinnen in Einwanderervierteln zu selten genutzt. Das gilt für kostenlose Impfungen ebenso, wie für die Möglichkeit, Dolmetscher für Behördentermine anzufragen. Im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg liefen bis Ende 2009 Modellprojekte, die

dazu dienen sollen, Zugangsbarrieren zu erkennen und abzubauen. Auch das Angebot in den Stadtbibliotheken der Innenstadt soll durch Modellversuche erweitert und an die Bevölkerung angepasst werden. Kulturelle Öffnung ist ein Prozess, bei dem erfolgreiche Pfade oft erst erprobt werden müssen.

Die Gesellschaft verändert sich. Und mit ihr die Institutionen. Um als Stadt den Wandel aktiv zu gestalten gibt es den Ansatz der interkulturellen Öffnung der Verwaltung. Hinter dem abstrakten, sperrigen Begriff verbirgt sich etwas sehr Konkretes: Eine Stadt, in der Vielfalt auch in den Dienststellen präsent ist – als Mitarbeiter in den Behörden, in Form von flexiblen Arbeitsabläufen und vertrauten Begegnungen zwischen Staatsdienern und einer Bevölkerung, die kulturell, sprachlich und religiös immer mannigfaltiger wird.

Gerade in der Verwaltung – dem ausführenden Organ der Politik – können

kulturelle Missverständnisse zu handfesten Problemen werden.

Dass ein Gesprächspartner den Beamten oder die Beamtin einfach duzt, dem Blickkontakt ausweicht oder erst in seinen Pass sehen muss, bevor er sein Geburtsdatum sagen kann, muss nicht bedeuten, dass er respektlos ist oder etwas zu verbergen hat. In einigen Sprachen gibt es keine Entsprechung für das „Sie“ als Anrede und der Blickkontakt mit Autoritätspersonen gilt in manchen Kulturen als unhöflich. Und es gibt Länder, in denen eine Geburt oft erst nach Jahren willkürlich beurkundet wird. Das Feld für kulturelle Fehleinschätzungen ist groß.

In einigen Vierteln Berlins hat schon heute fast die Hälfte der Bewohner einen Migrationshintergrund. Vor allem für Behörden, die im engen Kontakt mit Menschen stehen, wird kulturspezifisches Wissen daher immer wichtiger. Dazu zählen neben der Ausländerbehörde, den Gesundheits- und Bürgerämtern auch Job-Center, Krankenhäuser, die Polizei oder Feuerwehr. Hier sollten die Mitarbeiter zumindest eine Ahnung davon haben, wie manche Verhaltensmuster zu bewerten sind und dass es unterschiedliche Auffassungen davon gibt, was sich „gehört“ und was nicht.



Dabei geht es nicht darum, alles zu tolerieren. Es geht darum, in der Einwanderungsgesellschaft den Überblick zu wahren. Auch mit Blick auf die wachsende Globalisierung und europäische Annäherung müssen Institutionen und Behörden sich für Menschen aus anderen Kulturen öffnen.

Der abstrakte Begriff ist also eine Selbstverständlichkeit für eine Einwanderungsgesellschaft. Das heißt jedoch nicht, dass die Verwaltung einer Stadt wie Berlin zwangsläufig interkulturelle Dehnübungen macht und sich öffnet. Behörden der Einwanderungsgesellschaft anzupassen ist ein langwieriger Prozess, der angestoßen und gefördert werden muss. Doch anders als in anderen Handlungsfeldern hat die Landes- und Bezirkspolitik hier unmittelbaren Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten.

Der Erfolg der Integrationspolitik wird daran bemessen werden, wie zugänglich und anpassungsfähig die Berliner Institutionen in der Einwandererstadt sind. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung ist hier ein Kernbereich. Konkret gibt es dabei drei Strategien:

◆ **Mehr Vielfalt im Büro:**

Auch wenn Sparmaßnahmen und Personalabbau die Öffnung der Belegschaft verlangsamen: Bei Stellenausschreibungen taucht „interkulturelle Kompetenz“ immer häufiger als Anforderungsprofil auf. Die Berliner Polizei stellte beispielsweise in den vergangenen Jahren gezielt Auszubil-

◆ **Marat:** „Es ist interessant, mal hinter die Kulissen von so einem Staatsapparat zu blicken“, sagt Marat. 2008 hat der 22-Jährige seine Ausbildung beim Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg als Kaufmann für Bürokommunikation beendet und konnte sich zwischen drei Jobangeboten entscheiden. Er hatte klare Vorstellungen im Kopf, als er Bewerbungen an den Öffentlichen Dienst verschickte. Die Vorzüge sind groß: Gehalt, Fortbildungen, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, „ich

würde mich noch einmal so entscheiden“, sagt Marat. Vor 20 Jahren hatte seine Familie die ukrainische Stadt Odessa verlassen und staatenlos in Berlin gelebt, bis sie die deutsche Staatsangehörigkeit bekam. Marat beherrscht neben der Amtssprache auch Russisch.

◆ **Hasan:** In seiner Familie ist er bereits ein Vorbild: Nichten und Neffen – alle wollen zur Polizei, so wie Onkel Hasan. Der 27-jährige Sohn kurdischer Eltern ist Polizeimeisteranwärter und bringt mit seinen Türkisch- und Kurdischkenntnissen ein sehr wichtiges Gut für die Beamtenlaufbahn mit. „Wenn Jugendliche einen Migranten bei der Polizei sehen, dann sagen sie innerlich: einer von uns“, so Hasan.

◆ **Maria:** Heute bei der Feuerwehr, morgen in der Ausländerbehörde – von einer Stelle zur anderen, „das finde ich interessant“, sagt Maria zu ihrer Motivation, im Öffentlichen Dienst zu arbeiten. Ihre Ausbildung macht die 25-Jährige bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport als Kauffrau für Bürokommunikation. Maria wurde auf den Philippinen geboren, mit sechs Jahren kam sie nach Deutschland. Für die Zukunft hat sie noch viel vor: Fachabitur, die deutsche Staatsangehörigkeit, New York ...

dende mit Migrationshintergrund ein, inzwischen sind es zehn Prozent. Unter dem Motto „Berlin braucht dich!“ wirbt die Politik seit 2006 bei jungen Migrantinnen und Migranten für eine Ausbildung in den Bezirks- und Senatsverwaltungen. Dabei gehen unter anderem Vorbilder in Schulen und Jugendzentren und informieren über die Möglichkeit von Ausbildungen im Öffentlichen Dienst. Die Kampagne wurde 2009 auf Betriebe mit Landesbeteiligung ausgeweitet und hat den Anteil an Auszubildenden aus Einwandererfamilien im Öffentlichen Dienst bereits auf 14 Prozent erhöht. Bis 2013 sollen es 25 Prozent werden.

◆ **Die Verwaltung interkulturell fit machen:**

In Führungskräfteworkshops, Schulungen für Mitarbeiter und speziellen Trainings werden Berliner Angestellte und Beamte/-innen für die speziellen Bedürfnisse von Einwanderern sensibilisiert. Die Fortbildungen dauern manchmal wenige Tage, manchmal ganze Wochen. Neben Qualifizierung in interkultureller Kompetenz werden auch Sprachkurse angeboten und für die Karriere im öffentlichen Dienst anerkannt.

◆ **Neu denken, neu planen**

Interkulturelle Öffnung betrifft nicht nur das Personal, sondern vor allem





## Herzlich Willkommen! Welcome! Hân hạnh đón chào! Bienvenue! Bienvenidos!

### ♦ Job-Center für die Einwanderungsstadt

Tobias Stern ist Businessmanager bei der Unternehmensberatung Ramboll Management und war Projektleiter der interkulturellen Öffnung in den Job-Centern Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg und Tempelhof-Schöneberg, die vom Integrationsbeauftragten des Senats gefördert wird.

### Wie erreicht man die interkulturelle Öffnung?

Die meisten denken bei interkultureller Öffnung der Behörden hauptsächlich an Schulungen und Trainings für Mitarbeiter. Allerdings müssen neben dieser wichtigen Sensibilisierung vor allem auch die Prozesse und Inst-

umente auf Menschen mit Migrationshintergrund angepasst werden. Wir setzen daher in den Berliner Job-Centern an vier Bereichen der Organisation an: **1.** Beim Umgang mit Kunden mit Migrationshintergrund: Wie reagieren wir auf die Bedürfnisse der Kunden? Wie vermitteln wir die Aufgaben der Behörde und ihre Erwartungen an die Kunden? Wie gehen wir mit Konflikten um?

**2.** Bei den Prozessen der Behörden: In einigen Bereichen sind neue Prozesse bzw. neue Instrumente nötig, wie etwa beim „Profiling“, also bei der Erfassung von Kompetenzen, formalen und informellen Qualifikationen und Berufserfahrungen.

**3.** Bei den Mitarbeitern und dem Wissen der Verwaltung: Die Behörde muss lernen und wachsen, dazu gehören Mitarbeiter-Trainings, Kollegiale Beratung, Einstellungen von Mitarbeiter/-innen mit Migrationshintergrund und ein gezieltes Wissensmanagement zum Thema Migration.

**4.** Bei dem Monitoring von Maßnahmen: Wir benötigen mehr Informationen darüber, welche Effekte bestimmte Maßnahmen bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund erzeugen. Die Gruppe der Kunden mit Migrationshintergrund wird bei der Datenerhebung bislang nicht ausreichend beachtet.

### Wie macht man Mitarbeiter einer Behörde interkulturell kompetent?

Schulungen sind dabei ein Aspekt: Im Idealfall sind sie eine Reflexion der eigenen und fremden Kulturen, in der ein Perspektivenwechsel trainiert und erfahren wird. Zu diesem Zweck finden zum Beispiel Rollenspiele statt oder Videoaufnahmen von interkulturellen Konflikten werden besprochen. Ein anderer Aspekt sind die bereits erwähnten Veränderungen von Abläufen. Außerdem kann ein Beauftragter/eine Beauftragte für Chancengleichheit oder Integration hilfreich sein, der/die in der Organisation eingesetzt wird und beratend wirkt. Regelmäßige Reflexionsrunden mit den Kollegen sind ebenfalls wichtig.

### Wie zeigt sich interkulturelle Kompetenz im Arbeitsalltag, was ist das Ziel?

Wenn Mitarbeiter die Potenziale von Berliner/-innen mit Migrationshintergrund und von Menschen mit ausländischen Bildungsabschlüssen und Berufserfahrungen einschätzen können, ist vieles erreicht. Interkulturelle Kompetenz zeigt sich außerdem in einem lösungsorientierten und kultursensiblen Umgang mit Konflikten und der Fähigkeit zum Perspektivenwechsel. Denn oft sind die Mitarbeiter damit konfrontiert, dass den Kunden die Aufgaben der Behörde nicht klar sind oder es treten Missverständnisse aufgrund von unterschiedlichen Erwartungshaltungen auf.

### Welche Prozesse und Abläufe brauchen Veränderung?

Migranten, die die Amtssprache nicht gut beherrschen, stehen noch immer vor vielen Hürden. Beschwerden beispielsweise können in einigen Behörden bislang nur auf Deutsch und schriftlich abgegeben werden. Hier könnte über andere Wege der Aufnahme von Kundenrückmeldungen nachgedacht werden. Auch im Rahmen der Kompetenzerfassung können Herausforderungen auftreten. Dabei spielt die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse eine bedeutende Rolle. Zudem sollte es Möglichkeiten geben, auch informelle Kompetenzen zu erfassen. Das sind nur einige Beispiele für Prozessänderungen, die wir vorgeschlagen haben.

die gesamte Organisation, auf allen hierarchischen Ebenen. Um sich tatsächlich zu öffnen, neue Denkweisen zu etablieren und niedrigschwellige Angebote zu machen, muss das Vorhaben bei der Verteilung der Zuständigkeiten, der Strukturierung von Verwaltungsabläufen, der Datenerhebung etc. berücksichtigt werden. Interkulturelle Öffnung ist letztlich auch eine Sache des Organisationsmanagements.

## Beispiel für den Wandel: Die Reform der Ausländerbehörde

Lange Wartezeiten, keine Dolmetscher, eine negative Gesprächsatmosphäre: Die Ausländerbehörde – Tür für viele Migranten nach Berlin – wurde lange Jahre eher als Ort der Abschreckung wahrgenommen. In den Medien und der allgemeinen Öffentlichkeit standen ihre Verfahren in der Kritik, es gab Beschwerden von Einwanderern, Flüchtlingsorganisationen und auch

von Wirtschaftsunternehmen. Keine andere Verwaltungsstelle hatte ein so schlechtes Image wie diese Administration.

Dabei ist die Ausländerbehörde der Ort, an dem alle neuen Zuwanderinnen und Zuwanderer das öffentliche Berlin kennen lernen. Sie ist erste Anlaufstelle und entscheidet über den weiteren Aufenthalt bereits länger hier lebender Migrantinnen und Migranten. Die kritisierten Abläufe kamen nicht zuletzt deswegen zustande, weil die Leitlinie der Ausländerpolitik auf Bundesebene in den 80er und 90er Jahren von Abgrenzung geprägt war. Die umstrittene ausländerpoli-

tische Metapher „das Boot ist voll“ schlug sich im Verwaltungshandeln nieder.

Doch die Ausländerbehörde kann sich den schlechten Ruf nicht leisten – sie ist das Schaufenster Berlins. Will die Metropole eine Chance im internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe und fähigsten Unternehmer haben, muss sie den Ankommenden eine Willkommenskultur entgegenhalten. Deshalb begann der Senat unter Federführung des Beauftragten für Integration und Migration 2003 mit einem Reformprozess, der bis heute andauert.

Oberste Priorität im neuen Leitbild des Ausländerbehörde: Beratung statt Abfertigung – die Ordnungsbehörde soll zur Servicestelle werden. Die Mitarbeiter in den Standorten Friedrich-Krause-Ufer und Nöldnerstraße sollen ihre Arbeit neu verstehen und die Besucher als Kunden sehen, nicht länger als Bittsteller. Dafür wurden die Verfahren in der zentralen Stelle für Erstintegration mithilfe von außenstehenden Experten erneuert.

Eine grundsätzliche Neustrukturierung der Behörde hat das Fundament gelegt. Mitarbeiter und Führungskräfte wurden in Workshops und interkulturellen Schulungen für das Thema sensibilisiert, Prozesse und Abläufe

wurden gemeinsam neu entwickelt und optimiert. Die Mitarbeiter haben zum Teil Sprachkurse absolviert, bei Bedarf stehen ihnen außerdem Dolmetscher zur Verfügung.

Inzwischen können erste Fortschritte verzeichnet werden: Die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter der Ausländerbehörde wurde deutlich gestärkt. Laut einer anonymen Umfrage bei über 1600 Besuchern aus dem Jahr 2008 waren drei Viertel der Kunden mit ihrem Besuch sehr zufrieden.

In den Behördenräumen wurde eine Clearingstelle der Wohlfahrtsverbände eingerichtet, wo die Kunden direkt vor Ort unabhängige Ansprechpartner fin-

## Serdecznie witamy! Hoşgeldiniz!

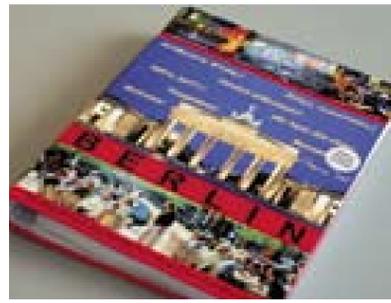


Foto: Barbara Dielt

den. Entscheidungsträger der Ausländerbehörde stehen in regelmäßigem Austausch mit Vertretern von Migrantenorganisationen, um über Beschwerden und Verfahrensprobleme auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Auch in drei regionalen Zweigstellen der Arbeitsagentur hat der Senat ein Programm zur interkulturellen Öffnung eingeführt. Der Modellversuch läuft in den Job-Centern in Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg und Tempelhof-Schöneberg, wo der Anteil an Bewohnern/-innen mit Migrationshintergrund besonders hoch liegt. Hier werden mehrsprachige Broschüren, Türschilder und Wegweiser eingeführt und neue Wege erprobt, die Kommunikation zwischen den Mitarbeitern/-innen und Kunden zu verbessern.

**Berlin braucht eine eindeutige Willkommenskultur in den Behörden. Um mit gutem Beispiel voran zu gehen, gibt Berlins Beauftragter für Integration und Migration seit 2005 ein Willkommenspaket für Neuzugewanderte heraus, das in acht Sprachen erhältlich ist.** Die fast 90-seitige Informationsbroschüre bietet Tipps zur Orientierung auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt, aber auch bei der Suche nach Wohnungen, Schulen, Integrationskursen und sozialen Beratungsstellen. Ziel des regelmäßig überarbeiteten Infopaketes ist es auch, die Neubürgerinnen und Neubürgern in das politische und soziale Leben der Stadt einzubinden und ihnen Hinweise zu geben, wie sie an Entscheidungen teilhaben können.

Dennoch steht der Reformprozess erst am Anfang. Ämter wie die Ausländerbehörde müssen auch weiterhin die Aufgaben einer Ordnungsbehörde erfüllen und negative Entscheidungen vermitteln. Die gesetzlichen Bestimmungen sind zum Teil weiterhin restriktiv und bieten oft wenig Spielraum für die Beamten. Auch ist der Anteil der Dienstkräfte mit Migrationshintergrund noch nicht in dem Maß gestiegen, wie es wünschenswert wäre, da frei werdende Stellen meist aus dem internen Stellenpool des Senats besetzt werden müssen.

Bislang existieren keine genauen Daten darüber, wie viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Behörden Berlins arbeiten. Abfragen nach dem Migrationsstatus unterliegen datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Um Fortschritte messbar zu machen, setzt sich der Senat dafür ein, dass die Datenlage verbessert wird.

Doch es sind erste Erfolge zu erkennen: Das Ziel ist auf allen Ebenen der Verwaltung angekommen – Berlin braucht eine Willkommenskultur, mit einer interkulturell geöffneten, mehrsprachigen und serviceorientierten Verwaltung. Und die personelle Öffnung der Verwaltung schafft schon jetzt neue Normalitäten: Einwanderer sind nicht länger nur Zivilpersonen, Behördengänger und Bittsteller – sie sind Akteure der Exekutive. Als Auszubildende, Kollegen und Vorgesetzte sorgen sie – quasi nebenbei – für interkulturelle Entspannung im Arbeitsalltag.

Gastbeitrag Dieter Glietsch,  
Polizeipräsident in Berlin

## Migranten im Dienst sind überlebenswichtig

# DIETER GLIETSCH

Polizisten sind häufig an sozialen Brennpunkten im Einsatz und müssen in der Lage sein, in kritischen Situationen schnell Konflikt mildernd zu reagieren. Dazu bedarf es in einer multikulturellen Metropole wie Berlin einer kulturübergreifenden Verständigung und Kontaktpflege, die nicht an Sozialisations- oder Sprachbarrieren scheitern darf. Für ein friedliches Miteinander ist es wichtig, dass die hier lebenden Migranten die Bereitschaft zur Eingliederung zeigen. Sie kann und muss aber auch gefördert werden. Ein Beitrag dazu ist es, wenn die personelle Zusammensetzung der Berliner Polizei die kulturelle Vielfalt der Stadt in Zukunft noch deutlicher widerspiegelt als bisher. Damit haben wir die Chance, voneinander zu lernen, unsere interkulturelle Kompetenz zu verstärken und den Berlinerinnen und Berlinern aus anderen Herkunftsländern die gesellschaftliche Partizipation und Identifikation mit ihrer Stadt und ihrer Polizei zu erleichtern.

Eine Metropole wie Berlin kann es sich nicht leisten, im Öffentlichen Dienst auf Mitarbeiter zu verzichten, die aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit und ihres kulturellen Hintergrundes die Fähigkeit mitbringen, Brücken zwischen den Kulturen zu bauen und das Zusammenleben in unserer Stadt positiv mit zu gestalten.

Durch Kooperationsprojekte und Veranstaltungen in Moscheevereinen, Migrantenverbänden und Schulen haben wir erreicht, dass sich vermehrt Jugendliche mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung bei der Polizei interessieren und sich bewerben.

Seit 2006 ist es uns gelungen, für den mittleren Dienst der Schutzpolizei circa 10 Prozent der Auszubildenden mit Migrationshintergrund einzustellen, im gehobenen Dienst der Schutz- und Kriminalpolizei sind dies bisher circa 6 Prozent.

Ab 2010 stellen wir Auszubildende für den Polizeivollzugsdienst nach einem neuen Auswahlverfahren ein, bei dem soziale und interkulturelle Kompetenzen ein stärkeres Gewicht haben als bisher. Wir erhoffen uns davon, dass Bewerber mit Migrationshintergrund dadurch bessere Wettbewerbschancen erhalten.

Da wir wissen, dass heute bereits annähernd 40 Prozent der Berliner Jugendlichen in Migrantenfamilien aufwachsen, ist uns auch klar, dass wir unseren Nachwuchsbedarf ohne qualifizierte Bewerber aus diesem Teil der Bevölkerung nicht mehr decken können. Es ist also quasi überlebenswichtig für uns, dass unsere Bemühungen um qualifizierten Nachwuchs mit interkultureller Kompetenz Erfolg haben.

Ich bedanke mich bei allen, die uns dabei unterstützen.

Dieter Glietsch  
Polizeipräsident in Berlin



Foto: Polizeipräsident

# ZUHAUSE IN BERLIN

Verantwortung im nachbarschaftlichen Zusammenleben

In Berlin liegen Migrantenviertel überwiegend in der Innenstadt, ein ungewöhnlicher Umstand. Der Grund dafür liegt nahe: Vor der Wende wurden unsanierte Wohnungen in Nähe der Mauer an Arbeiter aus dem Ausland vermietet, von denen man dachte, dass sie wieder gehen und für spätere Neubauprojekte Platz machen. Viele sind geblieben, die Mauer fiel und heute leben sie im Zentrum. Hier: Die Heidelberger Straße im Jahr 1990 in Neukölln.



Foto: Landesarchiv Berlin, 324203

**Wann sind Zugewanderte wirklich integriert?** Es gibt Indikatoren, die Integration messbar machen, wie Arbeitsplätze, Bildungsabschlüsse oder Einbürgerungen. Doch das sagt nichts über den Grad an „gefühlter Integration“ aus. Sich heimisch zu fühlen ist ein weiterer Aspekt für eine gelungene Integration. Ob das zutrifft, ist eine rein emotionale Frage. Die Antwort darauf hängt vom Alltag und dem Zusammenleben in der Nachbarschaft ab.

**Für die meisten Einwohner der Hauptstadt spielt sich das Leben überwiegend im eigenen Bezirk ab.** Jeder Bezirk in Berlin ist für sich genommen so groß wie eine mittlere deutsche Großstadt. Und so unterschiedlich Städte sein können, so unterschiedlich sind auch die Stadtteile von Berlin. Es gibt im Osten wie im Westen schicke Villenviertel, aufgeräumte, bürgerliche Wohngegenden, hippe Szene-Stadtteile, aber auch Brennpunkte, mit heruntergekommenen Häusern, in denen rund die Hälfte der Bewohner arbeitslos ist. Diese so genannten Problemviertel liegen überwiegend in der Innenstadt, wo sich früher die Berliner Mauer entlang zog. Der Anteil an Einwandererfamilien ist hier besonders hoch. In manchen Gegenden gibt es Schulklassen, in denen man vergeblich deutsche Schüler sucht, die Lisa oder David heißen.

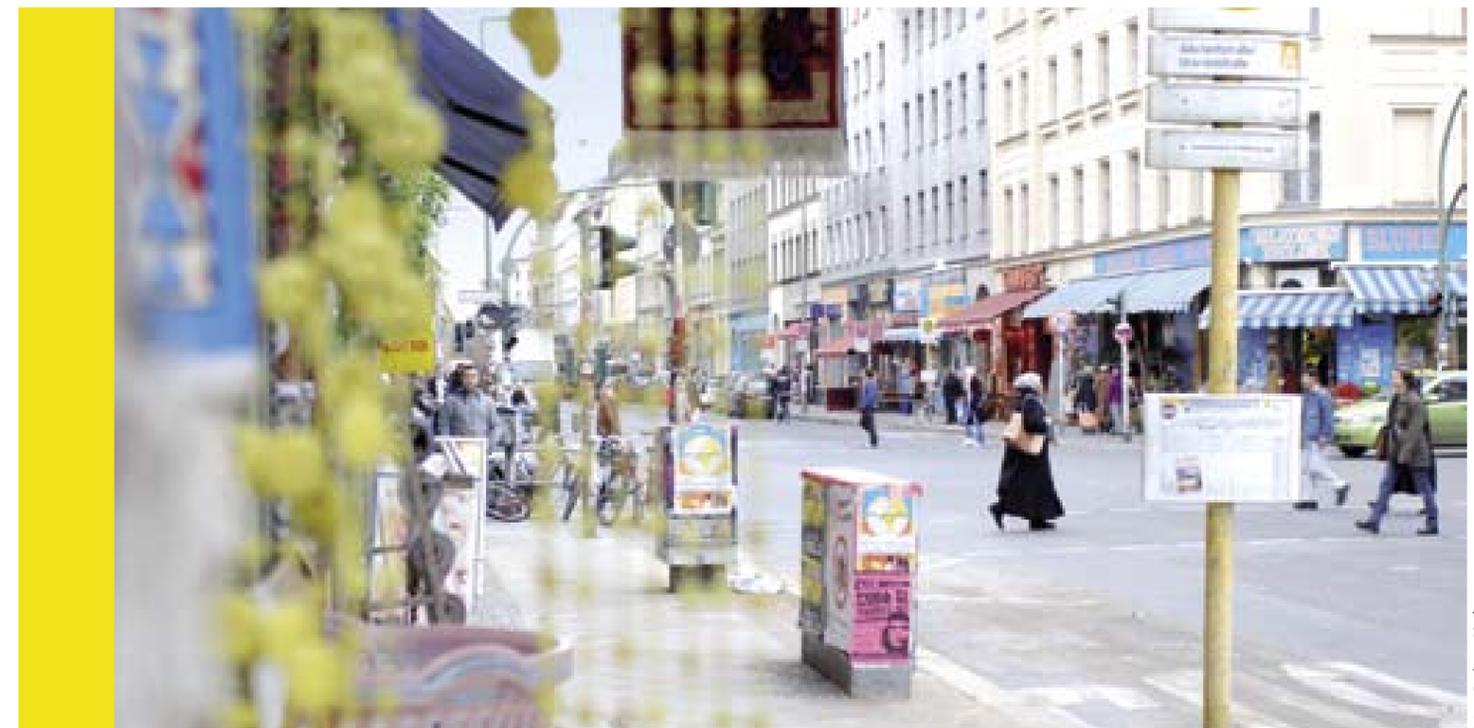
**In der Öffentlichkeit ist daher bisweilen von Parallelwelten die Rede, in die sich Einwandererfamilien „abschotten“.** Dabei wird übersehen, dass viele von ihnen sich den Wohnort nicht selbst aussuchen konnten, als die Ar-

beitsmigranten in den 60er und 70er Jahren nach Berlin kamen. Die meisten fanden ausschließlich in Arbeitervierteln wie in Wedding, Kreuzberg oder Neukölln eine Wohnung.

Segregation („Entmischung“) gehört außerdem zum Wesen einer Stadt und ist per se nichts Schlechtes. Die meisten Menschen gesellen sich gern zu ihresgleichen. Dennoch kann das für die Integrationspolitik aus zwei Gründen von Nachteil sein: Zum Einen verhindern sprachlich-religiöse Enklaven einen intensiven Austausch mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Zum Anderen kann Segregation zu einer Konzentration von sozial benachteiligten Familien in Armutsvierteln führen.

Das belegt auch der Sozialstrukturatlas 2008 des Senats: **Die Schere zwischen Arm und Reich wird in Berlin zunehmend größer. Die Mittelschichten wandern immer stärker in die Randbezirke und den „Speckgürtel“ der Stadt ab. In Bezirken wie Mitte und Neukölln dagegen hat sich eine sozial angespannte Lage verfestigt.** In Berlin gibt es zahlreiche Stadtteile mit einem so genannten besonderen Entwicklungsbedarf, der sich durch bauliche Mängel, Armut, schlechte Bildungsbilanzen, Drogenmissbrauch und Vandalismus auszeichnet. Wenn nichts dagegen unternommen wird, nimmt die soziale Ungleichheit in diesen Stadtteilen weiter zu, Verwahrlosung und eine zunehmende Gewaltbereitschaft wie Kriminalität steigen an. Das Image dieser Gebiete verschlechtert sich.

In 29 Stadtteilen arbeiten Quartiersmanager/-innen als Schaltstelle zwischen Bürgern und der Verwaltung. Hier: Beratungsgespräch im QM Tiergarten Süd.



Fotos: Barbara Dielt

Noch etwas stärkt den Handlungsdruck in der Nachbarschaft: Trotz seiner hohen Anziehungskraft wächst Berlin im Vergleich zu anderen Metropolen nicht automatisch. Die Zahl der Geburten sinkt, gleichzeitig gibt es hier eine besonders hohe Bevölkerungsfuktuation, da nicht nur viele Menschen nach Berlin ziehen, sondern viele wegen des Arbeitsplatzmangels ihren Wohnsitz in andere Städte verlegen.

**Umso mehr braucht die Hauptstadt eine offensive Bleibepolitik,** bei der alle politischen Ressorts zusammenarbeiten. Dafür hat der Senat 2009 ein Demografiekonzept entwickelt, das in vielen Bereichen mit den Zielen der Integrationspolitik übereinstimmt.

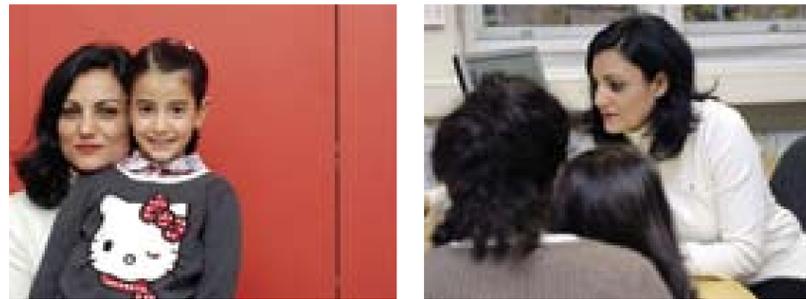
**Zufriedenheit beginnt vor Ort. Stadtteilpolitik ist ein sehr wichtiges Handlungsfeld in der Einwanderergesellschaft.** Eine Stadt hat die Aufgabe, gute Lebensbedingungen für alle Menschen unterschiedlicher Herkunft in der gesamten Stadt zu ermöglichen und die Verantwortung für Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf wahrzunehmen.

Damit Integration wirklich gelingt, reichen Anstrengungen auf dem Arbeitsmarkt, eine bessere Bildungspolitik und neue Strukturen in der Verwaltung allein nicht aus. Eine erfolgreiche Integrationspolitik erfordert auch eine enge Kooperation zwischen dem Senat und den Bezirken. Die Mehrheit der

Bezirke hat inzwischen eigene Integrationskonzepte für die Arbeit vor Ort vorgelegt, die sich auf das Landeskonzept beziehen. Außerdem wurde eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass auch auf Bezirksebene Integrationsbeauftragte eingestellt werden können.

## Quartiersmanagements – die Scharnierfunktion vor Ort

**Eine Berliner Besonderheit sind außerdem die Quartiersmanagements (QM), die es seit zehn Jahren gibt.**



Einsatz der Gemeindedolmetscherin Nurcan Schörbach beim Lehrer-Eltern-Gespräch in der Hunsrück-Schule in Kreuzberg: Die Gemeindedolmetscher sind mehr als Übersetzer. Sie vermitteln neben der Sprache auch kulturelles Wissen. Bei Bedarf können Familien sie kostenlos anfragen und um Begleitung zu Terminen bitten.



Foto: Anja Weber / Quelle: Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.



In 29 Stadtteilen arbeiten QM-Teams in Stadtteilbüros. Sie sind eine Schaltstelle zwischen Verwaltung und Bürger:

Kunst-, Kultur- und Musikszenen, die eine wichtige interkulturelle Brücke sind und das Selbstbewusstsein von Migrantinnen und Migranten stärken können.

- ◆ Bei Entscheidungen der Verwaltung, die das Quartier betreffen, beziehen sie die BewohnerInnen und Gewerbetreibenden mit ein. Dafür wurden Quartiersräte geschaffen, die von den Bürgern selbst gewählt werden. Das Modell des Quartiersrates ist einzigartig, ein Experiment für mehr Demokratie, bei dem die Mitglieder über eingehende Projektideen und -anträge beraten und mitentscheiden, wie die Fördermittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ eingesetzt werden.
- ◆ Die Mitarbeiter in den Quartiersmanagements haben die Aufgabe, bei der Stadtteilentwicklung die Interessengruppen zusammen zu bringen. Entscheidungen über Veränderungen sollen nicht über den Kopf der Betroffenen hinweg entstehen, sondern an runden Tischen.
- ◆ Gemeinsam mit den Akteuren erarbeiten die QMs neue Projekte oder Lösungsansätze für anstehende Probleme. Danach unterstützen sie die Projektträger und begleiten die Umsetzung.

## Einwanderer als Akteure

Ohne Menschen mit Migrationshintergrund geht es nicht. Das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, Migrantinnenorganisationen und Nachbarschaftsvereinen ist in Berlin groß und wird zunehmend gebündelt und genutzt. Um der sozialen Polarisierung in den Wohnvierteln entgegen zu wirken und das Zusammenleben in der Nachbarschaft zu stärken, kommt es darauf an, bislang ungenutzte Potenziale einzubinden.

Durch die Vernetzung von verschiedenen Akteuren untereinander wurde dabei viel erreicht.

Die Stadtentwicklungspolitik in Berlin setzt auf Netzwerke vor Ort, wie Nachbarschaftszentren und Selbsthilfeeinrichtungen. Und sie unterstützt Migrantenselbstorganisationen bei Projekten und von ihnen geleisteter Sozialarbeit. Kein anderes Bundesland gibt so viel Geld für Migrantinnenorganisationen aus wie Berlin.

Die Quartiersmanagements der Bezirke setzen dabei auf präventive Arbeit. Das heißt: Beim ersten Ansatz einer negativen Entwicklung müssen die Förderprogramme der sozialen Stadtentwicklung alles daran setzen, dass Gebiete in der Stadt nicht an Lebensqualität verlieren. So zählt zu den Aufgaben vor Ort auch die Unterstützung von „postmigrantischen“

Mitarbeiter in den Stadtteilen werben aktiv darum, Migranten/-innen als Mitentscheider bei Planungen zu gewinnen. Hier sind bereits Erfolge



Integrierte Stadtteilarbeit: Entscheidungen für Nachbarschaft entstehen an runden Tischen, Projektideen werden gemeinsam entwickelt und Beratung wird – soweit möglich – in der Muttersprache angeboten.

Fotos: Barbara Dieltz

zu verzeichnen: **In den Quartiersräten sind Eingewanderte inzwischen mit über 30 Prozent vertreten. In den Räten kommen Bewohnerinnen und Bewohner, Vereine, Verbände, Moschee- und Kirchengemeinden sowie Wohnungsbaugesellschaften zusammen und entwickeln gemeinsam Ideen.** Oft sind ihre Ziele von ganz praktischer Natur, wie saubere Spielplätze oder gepflegte Parks. Aber auch Renovierungen von Schulgebäuden oder Theaterprojekte für Jugendliche sind Anliegen.

Inzwischen gibt es überall in der Stadt Kooperationsprojekte zwischen Regelinstitutionen und Migrantenorganisationen, wie etwa die „Gesundheitssetage“ in Kreuzberg vom interkulturellen Verein Akarsu, die unter anderem mit mehreren Gesundheitsämtern zusammenarbeitet. Sie bietet Gesundheitsberatung und -prävention für sozial benachteiligte Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund an. Das Kursangebot reicht von „Informationen aus dem Internet“ über Kunsttherapie bis hin zu Wen-Do-Training, Capoeira, Gymnastikgruppen, Radfahr- und Schwimmkursen.

Solche Kooperationen haben positive Effekte für beide Seiten. Berliner Behörden erhalten leichteren Zugang zu Gruppen, die sie normalerweise schwer erreichen. Gleichzeitig sammeln Migrantenorganisationen Erfahrungen im Umgang mit der Verwaltung und werden dabei unterstützt, professionell zu arbeiten. Die Voraussetzung, Projektanträge zu schreiben oder öffentliche Gelder zu verwalten,

soll engagierte Akteure nicht abschrecken oder überfordern.

Aber auch sonst kostet eine intensive Stadtteilpolitik Geld: In Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf wurde in großem Umfang saniert und in Parkanlagen, Spielplätze, Bürgersteige und Radwege investiert. Solche Aufwertungen können zwar zu steigenden Mieten führen, doch das soziale Mietrecht und öffentliche Mittel sorgen dafür, dass die Einwohner nicht verdrängt werden, denen die Sanierung zu gute kommen soll.

## Berliner Islamforum

Mit wachsendem Zugehörigkeitsgefühl prägen Zuwanderer und ihre Nachkommen das Stadtbild. Sie verlassen die Hinterhöfe, bauen Moscheen, hinduistische Tempel und werden sichtbarer. Dieser Prozess verläuft nicht immer konfliktfrei: Vor allem Moscheebauten gehen meist einher mit Bürgerprotesten und öffentlichen Diskussionen über die Rolle islamischer Organisationen. Eine starke Religiosität wird bei Muslimen von einigen Teilen der Gesellschaft als integrationshemmend betrachtet. Doch diese vereinfachende, kulturalisierende Sicht auf „die Muslime“ lässt sozio-ökonomische Entwicklungen außer Acht und trägt zur Polarisierung bei.

Gerade bei Entwicklungen mit einem öffentlichen Konfliktpotenzial ist die Zusammenarbeit zwischen Bezirksbehörden, Regelinstitutionen und Kiezakteuren besonders wichtig. Seit

Bewohnerworkshop im Rahmen der Interkulturellen Tage 2008: Die Quartiersbewohner/-innen tagten zum Thema „Miteinander leben in Berlin“ und verständigten sich darüber, welche Wünsche und Vorstellungen sie für das Zusammenleben in der Nachbarschaften konkret haben.

Foto: Quartiersmanagement High-Deck-Siedlung



Foto: Babel e.V.

Arabisch-Lektion beim Verein Babel, im Rahmen des Schulprojekts Babylon: Kinder aus Marzahn und Hellersdorf sollen in Workshops und Freizeitaktivitäten interkulturell sensibilisiert werden.

2005 gibt es in Berlin das Islamforum, das viermal pro Jahr im Roten Rathaus zusammenkommt. Vertreter von islamischen Organisationen und Moscheevereinen können hier mit Verantwortlichen der Verwaltung wie dem Innensenator, der Polizei und den Quartiersmanagements zusammenkommen, Probleme erörtern und Lösungsansätze ausarbeiten.

## Gute Nachbarschaft, trotz Spannungen

Berlin ist für deutsche Verhältnisse ein „hartes Pflaster“. Soziale Spannungen gehören hier zum Alltag, das Konfliktpotenzial in der Stadt ist groß, die Zahl der arbeitslosen Migrantinnen und Migranten ist so hoch wie nirgendwo sonst in Deutschland. In Debatten über mangelnde Integration kommt Berlin immer wieder zur Sprache. Dennoch herrschen hier keine „Pariser Zustände“: Anders als in den Vororten der französischen Hauptstadt, wo in den vergangenen Jahren mehrfach gewalttätige Unruhen für einen Ausnahmezustand gesorgt hatten, gibt es in Berlin keine großflächigen Krawalle zwischen Migranten und Ordnungshütern.

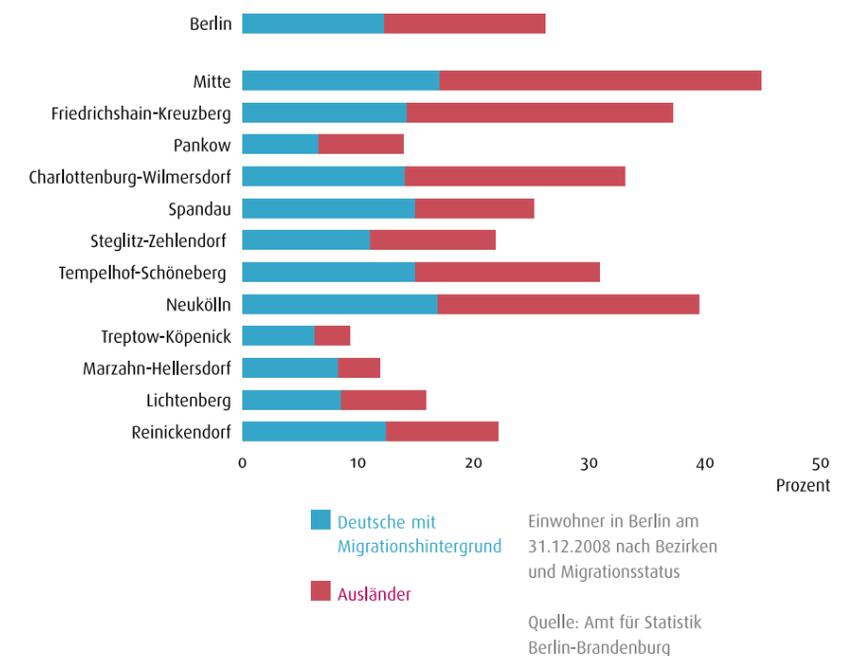
Vielmehr kommen Einwanderer und Alteingesessene in Berlin gut miteinander aus, wie die Hertie-Berlin-Studie von 2009 belegt. Sie hat zum ersten Mal die Lebenswelt der Einwohner der größten deutschen Stadt untersucht und weist unter anderem darauf hin, dass die vielfach kritisierten Abschottungstendenzen nicht

**◆ Babel e.V.:**  
Sozialarbeit in der Plattenbausiedlung

In keinem anderen Bezirk ist die DDR-Baupolitik noch so präsent wie in Marzahn-Hellersdorf: In Marzahn steht eine der größten Plattenbausiedlungen Deutschlands. 100.000 solcher Wohnungen, Langzeitarbeitslosigkeit und Armut prägen den Norden des Großbezirks. Der Anteil von Ausländern ist mit knapp über drei Prozent relativ gering, allerdings leben hier mehr als 25.000 Spätaussiedler/-innen.

Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit „ohne Fremde“ sind hier zumindest latent vorhanden. Dazu kommen gewalttätige Übergriffe durch rechtsextreme Täter, auf die nur selten angemessene Reaktionen von Anwohnern folgten. 1992 hat sich hier deshalb der gemeinnützige Verein Babel gegründet. Er ist einerseits Beratungsstelle für Aussiedler und engagiert andererseits für ein friedliches Zusammenleben der national, ethnisch und kulturell unterschiedlichen Bewohner.

In Stadtteil-Projekten versuchen die ehrenamtlichen und angestellten Mitarbeiter, vor allem junge Menschen für konfliktfreie Begegnungen zu gewinnen. Das Interkulturelle Schulprojekt „Babylon“ ist so ein Projekt. Hier lernen Kinder und Jugendliche, sich bewusst und aktiv mit Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus auseinander zu setzen.



Aktiv trotz Kind: Eine „Müfümü“ aus Marokko bei einem Treffen. Sie hilft arabischen Müttern dabei, das Leben in Moabit zu managen.



Foto: Müfümü

#### ♦ „MüfüMü“ – Mütter für Mütter

Sie stammen aus Syrien, Marokko, dem Libanon und der Türkei: Seit 2006 werden Frauen aus Einwandererfamilien in Moabit zu Multiplikatorinnen ausgebildet, die noch nicht integrierte Frauen an Hilfs- und Stadtteilangebote heranführen sollen. Zu diesem Zweck besuchen die MüfüMüs (Mütter für Mütter) Einwanderinnen zuhause und klären sie bei einem Glas Tee und Keksen über das Schulwesen, Gesundheitsfragen und Behördenangelegenheiten auf. Dabei sind sie positives Vorbild und helfen den Gastgeberinnen gleichzeitig, sich in ihrem Stadtteil zurechtzufinden. Das Erfolgsrezept lautet: Integration auf Augenhöhe.

Integrierte Einwandererfrauen fungieren hier als Brücke in die Communitys hinein. Das Projekt hat aber auch einen positiven Nebeneffekt, wie Projektleiterin Shiva Saber Fattahy erklärt: „Die 20 MüfüMüs haben sich auch selbst beeindruckend entwickelt.“ Die ehrenamtlich tätigen Frauen haben Computer- und Rhetorikkurse, Seminare zu Demokratie und Politik belegt, Strategien der Polizei gegen häusliche Gewalt kennen gelernt, Bewerbungstrainings und vieles mehr mitgemacht. Einige von ihnen machen inzwischen eine Berufsausbildung. „Die Warteliste für neue MüfüMüs im Bezirk ist lang.“

Träger des Projekts ist die Diakoniegemeinschaft Bethania, in Zusammenarbeit mit dem QM Moabit West. 2006 wurde „MüfüMü“ Bundessieger des Wettbewerbs „startsocial“ und gewann den Integrationspreis des Bezirks Mitte.

belegbar sind: Nach eigenen Angaben pflegen 80 Prozent der einheimischen Deutschen und 97 Prozent der Migrantinnen und Migranten Kontakte zur jeweils anderen Bevölkerungsgruppe – die sich am häufigsten in der Nachbarschaft ergeben.

Und die Studie besagt: Die Berliner mögen ihr Berlin, sie fühlen sich hier wohl. Die Erklärung für das positive Berlin-Gefühl liegt bei den Bewohnern der Stadt. Sie gehen mit der wirtschaftlichen und sozialen Situation gelassen um und halten Berlin für weltoffen und lebenswert – trotz der Unannehmlichkeiten des Großstadtalltags. In dieser Grundstimmung liegt

vielleicht das größte Potenzial der Stadt: Jeder und jede kann sich hier willkommen fühlen. Damit er oder sie das auch weiterhin tut, nehmen der Senat und die Bezirke ihre Verantwortung vor Ort wahr.

Gastbeitrag Gabriele Gün Tank,  
Integrationsbeauftragte Tempelhof-  
Schöneberg

Berlin ist vielfältig –  
und das ist auch gut so!

## GABRIELE GÜN TANK

In den Berliner Bezirken ist über Jahrzehnte eine gesellschaftliche Vielfalt gewachsen, die unser Zusammenleben bestimmt und das Alltagsbild in den Kiezen prägt. Die Anerkennung von Vielfalt und die Tatsache, dass verschiedene Lebenslagen und Lebenswelten sich gegenseitig bereichern und neu vermischen können, ist geradezu wesentlich für den besonderen Charme Berlins.

Auf dem Weg in eine urbane Gesellschaft ist die Anerkennung des gewandelten gesellschaftlichen Erscheinungsbildes ein erster Schritt. Es ist notwendig, sich von der Idee einer vermeintlich „homogenen Gesellschaft“ zu verabschieden.

Menschen in verschiedenen Lebenslagen leben in Berliner Kiezen nicht einfach nur nebeneinander her, sie leben miteinander, in dynamischen Beziehungen, dabei entstehen auch typische soziale Konflikte. Viel zu oft aber werden soziale Konflikte in Berliner Stadtteilen in der Öffentlichkeit ethnisiert. Menschen mit Migrationshintergrund und die Stadtteile, in denen sie leben, werden negativ dargestellt. Selten wird dabei berücksichtigt, dass Konflikte eher der sozialen Entmischung eines Stadtteils, denn der ethnischen Zugehörigkeit zuzuschreiben sind.

Um so mehr ist es erforderlich, sich darüber zu verständigen, wie eine diversifizierte Gesellschaft aussieht, in der all die unterschiedlichen individuellen Identitäten einen Platz finden und Partizipation und Chancengleichheit vorangebracht wird.

Für den gemeinsamen Entwurf einer solchen Gesellschaft brauchen wir Begegnungsräume. Die Einbeziehung von Minderheiten ist dabei erforderlich. Dazu gehört, Selbstorganisation in den Stadtteilen zu fördern und zu stabilisieren.

Einen solchen Raum bietet in Tempelhof-Schöneberg z.B. das „Interkulturelle Haus“, in dem sich Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen treffen oder die Seniorenfreizeitstätte „Huzur“ die nicht nur Senioren/-innen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen zusammenbringt, sondern auch jung und alt.

In den meisten Berliner Stadtteilen gibt es eine Reihe ähnlicher Beispiele, in denen neue Gemeinsamkeiten die Normalität bilden.

Gabriele Gün Tank  
Integrationsbeauftragte Tempelhof-Schöneberg



Foto: privat

# GEGEN AUSGRENZUNG

für Menschenrechte

Leben in der Warteschleife der Behörden – Geduldete leben oftmals Jahre lang damit, dass ihre Abschiebung immer wieder aufgehoben wird.



Foto: Barbara Dietl

In der Bundesrepublik werden Integrations- und Flüchtlingspolitik traditionell als zwei unabhängige Handlungsfelder betrachtet. Ob Menschen ein Recht auf Teilhabe und Integration haben, bestimmt bisweilen noch immer ihr Aufenthaltstitel. Wer nur vorübergehend bleibt, braucht nicht integriert zu werden, so die Annahme. Berlin dagegen verfolgt einen anderen Ansatz in seinem Integrationskonzept: Flüchtlinge brauchen eine Perspektive auf ein selbstständiges Leben und sollten sich in die Gesellschaft einbringen können.

Daher richtet sich die Berliner Integrationspolitik auch an diejenigen mit den wenigsten Möglichkeiten zur Teilhabe, also die jahrelang Geduldeten, Asylbewerber/-innen und Menschen ohne Aufenthaltsstatus. Auf ihre Integration hat der Senat einen besonderen Schwerpunkt gelegt.

## Die Ausgangslage

Die Anzahl der Flüchtlinge in Deutschland, deren Asylantrag angenommen wird, ist seit Jahren rückläufig. Berlin setzt sich gegen einen Trend zur Abschottung, für eine leichtere legale Zuwanderung ein und unterstützt ein gemeinsames Vorgehen in der Europäischen Union. Die Aufnahme von irakischen Flüchtlingen in Deutschland, die Ende 2008 beschlossen wurde, begrüßt Berlin daher und hat rund 125 von ihnen aufgenommen. Die Flüchtlinge erhalten eine dreijährige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, die zuständigen Job-Center werden

versuchen, ihnen eine Arbeit zu vermitteln. Ziel ist, dass sie dauerhaft in Deutschland bleiben und hier eine neue Heimat finden.

Insgesamt leben im Jahr 2008 rund 1.300 Asylbewerber/-innen in Berlin. Sie dürfen nur in Ausnahmefällen arbeiten und besitzen eingeschränkte Rechte. Der Senat schafft für diese Gruppe Rahmenbedingungen für ein selbstständiges Leben, etwa durch die Möglichkeit, eigene Wohnungen anzumieten. Ende 2007 leben rund 80 Prozent der legalen Flüchtlinge in privaten Unterkünften. Auch lockert Berlin gemeinsam mit Brandenburg die Residenzpflicht, nach der Asylbewerber/-innen und Geduldete einen bestimmten Bezirk oder Landkreis ohne Sondergenehmigung nicht verlassen dürfen. Zwischen den beiden Bundesländern sollen sie sich ab 2010 frei bewegen können.

In Berlin leben rund 6.200 geduldete Flüchtlinge. Viele von ihnen sind seit mehreren Jahren durch so genannte „Kettenduldungen“ hier und ziehen längst Kinder groß. Es handelt sich um Menschen, deren Asylanträge abgelehnt wurden, die aber trotzdem nicht zurückgeschickt werden konnten, zum Beispiel, weil sie staatenlos sind. Den Betroffenen sind die Hände gefesselt: Sie dürfen nicht arbeiten und keine Ausbildung machen.

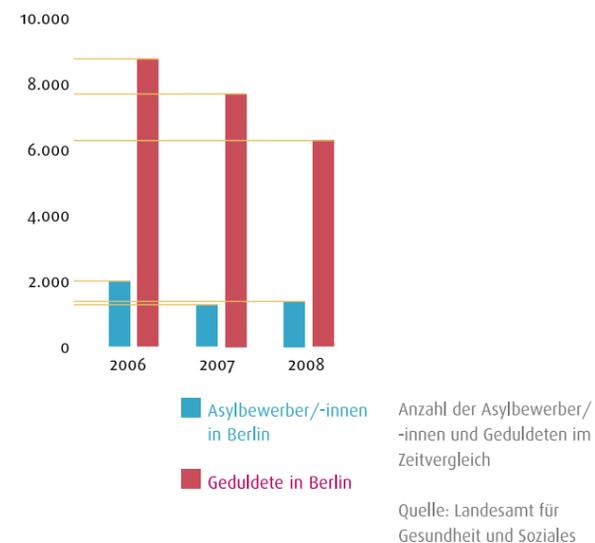
Das Leben in der Warteschleife, mit einem unsicheren Aufenthalt und auf Kosten des Steuerzahlers, lässt keine Integration zu. Um sie in die Gesellschaft zu integrieren, brauchen



Foto: Barbara Diehl

Um Menschenrechte für Flüchtlinge in der Stadt zu wahren, ergeben sich drei Handlungsfelder für Berlin:

- ◆ Die Stadt muss sich für politisch Verfolgte engagieren und sie aufnehmen.
- ◆ Berlin muss Flüchtlingen und Asylbewerbern/-innen eine Perspektive auf Integration bieten, indem die Politik bessere Bildungs- und Erwerbschancen durchsetzt.
- ◆ Die soziale und gesundheitliche Lage von Menschen ohne Aufenthaltsstatus muss gestärkt werden, damit ihre Versorgung in dringenden Notfällen gesichert ist.



Menschen mit einem Duldungs-Status einen richtigen Aufenthaltstitel. Das ist zum Teil bereits gelungen: Im Jahr 2003 gingen die Berliner Behörden noch von rund 19.000 Geduldeten aus. Inzwischen hat sich ihre Zahl auf ein Drittel verringert, viele von ihnen haben eine befristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten.

Als weitere Gruppe gibt es noch die von den Behörden nicht erfassten Männer und Frauen, die mithilfe von Schleuserbanden oder selbstständig eingereist sind und keinen rechtlichen Aufenthaltsstatus in Berlin haben. Nach einer Schätzung der Caritas leben in Berlin etwa 100.000 Menschen ohne Aufenthaltsstatus. Da keine amtlichen Statistiken über illegal eingereiste Menschen vorliegen, ist ihre Zahl nicht überprüfbar. Geraten sie in existentielle Notlagen, wenden sie sich an nichtstaatliche Hilfeeinrichtungen. Auch für diese Gruppe sieht sich Berlin in der Verantwortung und will ihre soziale und gesundheitliche Situation verbessern.

## Das Ende der Duldung

2006 beschloss die bundesweite Innenministerkonferenz eine gesetzliche Regelung zum Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge, die seit 2007 im Aufenthaltsgesetz gültig ist. Die Regelung sieht vor, dass Flüchtlinge, die mindestens sechs Jahre mit Familie oder acht Jahre alleinstehend

in Deutschland leben, unter bestimmten Voraussetzungen eine befristete Aufenthaltserlaubnis beantragen können. Damit soll ihnen ermöglicht werden, einen Arbeitsplatz zu finden.

Über 1.300 Flüchtlinge haben in Berlin auf diese Weise eine Aufenthaltserlaubnis nach §104a AufenthG erhalten, in der Regel für 28 Monate. Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis auf Probe hängt nach der so genannten bundesweiten Altfallregelung davon ab, ob es ihnen gelingt, bis zum Stichtag am 31. Dezember 2009 ein eigenes Einkommen nachzuweisen. Das ist für viele – angesichts der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt – kein leichtes Unterfangen.

Berlin hatte sich an die Spitze der Länder gestellt, die sich für eine Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete stark gemacht haben. Jetzt kommt es darauf an, dass das Land für eine Besserstellung der Flüchtlinge alle Chancen nutzt, die sich aus der gesetzlichen Lage ergeben. Um den ehemals Geduldeten eine realistische Bleibeperspektive zu eröffnen, erhalten sie daher Hilfe bei der Job- und Ausbildungsplatzsuche.

Das Büro des Integrationsbeauftragten koordiniert zwei Projekte: Zum einen ebnet der Projektverbund „QiA – Qualifizierung für interkulturelle Arbeit“ mit Aus- und Weiterbildungsangeboten neue Wege für Migranten/-innen in den ersten Arbeitsmarkt. Zum anderen gibt es hier seit 2008 die „Berliner

Netzwerke für Bleiberecht – bridge“, die Qualifizierungskurse, Rechtsberatung und Arbeitsvermittlung speziell für Flüchtlinge und Bleibeberechtigte anbieten.

Um die spezielle Gruppe der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren, werden die Berliner Jobcenter und Arbeitsagenturen bei der Suche nach einer geeigneten Stelle eng eingebunden. Außerdem werden Unternehmen dafür sensibilisiert, Asylbewerber/-innen und ehemalige Geduldete als neue und durchaus qualifizierte Mitarbeiter zu sehen. Der Senat führt dazu eine Arbeitsplatzkampagne durch, die sich insbesondere an die landeseigenen Berliner Unternehmen richtet. Die Projekte laufen im Jahr 2010 weiter.

Trotz der Unterstützung ist absehbar, dass es der Mehrheit der Betroffenen in Berlin und anderswo nicht gelingen wird, bis Ende 2009 eine überwiegende Sicherung ihres Lebensunterhalts aus eigener Kraft nachzuweisen. Ohne die Verschiebung des Stichtags droht ihnen die Zurückstufung in die Duldung. Der Berliner Senat setzt sich dafür ein, dass die Bleiberechtsregelung für die Menschen verlängert wird, die trotz intensiver Bemühungen keine Arbeit gefunden haben.

## Jeder Einzelne zählt – die Härtefallkommission

Seit 2005 ist die Berliner Härtefallkommission dafür da, in Einzelfällen zu prüfen, ob eine Abschiebung vermieden werden kann, weil humanitäre oder persönliche Gründe überwiegen. Ist das aus ihrer Sicht der Fall, kann sie beim Innensenator für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23a Aufenthaltsgesetz vorsprechen. Die endgültige Entscheidung über Abschiebung oder Aufenthalt liegt jedoch beim Innensenator.

Die Kommission besteht aus Vertretern der Kirchen, der Liga der Wohlfahrtsverbände, des Flüchtlingsrates, des Migrationsrates, der Senatsfrauenverwaltung sowie des Integrationsbeauftragten. Bis 2008 haben durch ihre Arbeit mehr als 1.600 Personen, die von Abschiebung bedroht waren, ein Aufenthaltsrecht erhalten. Im Bundesvergleich haben nur Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ähnlich hohe Erfolgszahlen bei den eingereichten Härtefällen.

Auch wenn durch die Bleiberechtsregelungen viele geduldete Personen nicht mehr auf die Härtefallkommission angewiesen sind, bleibt ihr Engagement notwendig. Sie ist zur Instanz für all die Menschen geworden, die nicht unter die Bleiberechtsregelungen fallen, wie zum Beispiel für Kranke und Alte. In diesen Fällen kann sie Defizite im Ausländerrecht abdämpfen und hilft einzelnen Betroffenen.

◆ Bridge Weltküche  
In der „Weltküche“ in Berlin-Kreuzberg: Die ehemalige Integrationsensorin Heidi Knake-Werner und der Integrationsbeauftragte zu Besuch beim Projekt „bridge“- Berliner Netzwerke für Bleiberecht. In der „Weltküche“ können Teilnehmer/-innen Praktika machen und Arbeitserfahrung sammeln.



Foto: Mimosa Yellu

#### ◆ bridge – Bleiberecht durch Arbeit: Kochen statt Hoffen

Hossein M.\* und seine Frau durften 13 Jahre lang nicht arbeiten, um ihre Familie zu ernähren. Solange lebte die kurdische Familie aus Syrien mit einem Duldungs-Status in Berlin, nachdem ihr Antrag auf Asyl abgelehnt wurde. Die M.'s besaßen keine Ausweispapiere, deshalb wurde ihre Abschiebung alle sechs Monate aufgeschoben. Hossein M. und seine Frau haben sich in der Zwischenzeit selbst Deutsch beigebracht und mehrmals eine Arbeitsstelle gefunden, doch ihre Arbeitsanträge wurden von der Ausländerbehörde immer wieder abgelehnt, mit Verweis auf ihre Duldung.

Dank der Bleiberechtsregelung von 2007 hat Familie M. – nach 13 Jahren des Wartens – eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe beantragt und erhalten.

Endlich durfte das kurdische Ehepaar arbeiten. Doch die Altfallregelung besagt, dass die auf 28 Monate befristeten Aufenthaltspapiere nicht verlängert werden, wenn die Antragsteller nicht gewisse Auflagen erfüllen: Die ehemals Geduldeten sind unter anderem verpflichtet, einen ausreichenden Wohnraum und eine Arbeit nachzuweisen, der ihren Lebensunterhalt sichert.

Also machte sich zunächst Hossein M. mit dem Vermerk „Erwerbstätigkeit gestattet“ in seinen Papieren auf die Suche nach Arbeit. Hat man erst mal die Genehmigung, so dachte er, wird der Rest schon klappen. Doch ein mittlerweile 57-jähriger Landwirtschaftsingenieur aus Syrien, der 13 Jahre keine Berufserfahrung sammeln konnte, findet auf dem ersten Arbeitsmarkt nur schwer eine Anstellung. Alle Versuche M.'s, über Inserate, Zeitarbeitsfirmen oder

Initiativbewerbungen Arbeit zu finden, schlugen fehl. Die Jobsuche scheiterte.

Über das Berliner Netzwerk „BRIDGE – Bleiberecht durch Arbeit“ kam er zum „büro für arbeitundausbildung“, einem privaten Arbeitsvermittler aus dem Netzwerk. In intensiven Gesprächen versuchte das Beratungsteam herauszufinden, welche Joboptionen passen könnten. „Flüchtlinge haben ähnliche Probleme wie Langzeitarbeitslose, bei ihnen muss man genau hinhören, was sie in der Wartezeit gemacht und welche Fähigkeiten sie entwickelt haben“, sagt Personalvermittler Bernhard Kirsch von „arbeitundausbildung“. „Keiner von ihnen sitzt nur zuhause vor dem Fernseher.“

In den Profiling-Gesprächen stellten die Berater fest, dass Hossein M. während der Zeit des Arbeitsverbots angefangen hat, leidenschaftlich und gut zu kochen.

Kirsch vermittelte Hossein M. Praktika im Gastronomiebereich in einem Hotel und einem Restaurant. Beide Male fand M. Gefallen an der Arbeit und beide Male waren die Betriebsleiter zufrieden mit dem Praktikanten. Doch die Arbeitsgeber boten ihm wegen der Wirtschaftskrise erstmal nur einen Minijob an. Inzwischen arbeitet Hossein M. im Restaurant mit einer 35-Stunden-Stelle – eine Erfolgsgeschichte für die Mitarbeiter von „bridge“.

\*Name geändert.

## Sozial- und Gesundheitsversorgung für alle

Für Asylbewerber, Geduldete und bei der Ausländerbehörde registrierte Menschen ist eine medizinische Versorgung in Berlin sichergestellt. Anders verhält sich das bei Menschen, die behördlich nicht registriert sind und in Berlin leben. Ihre Anlaufstellen in Krankheitsfällen sind Nichtregierungsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Kirchen. Oftmals reicht das aus. Allerdings tauchen Probleme auf, wenn kosten-

intensive Behandlungen notwendig werden, wie größere Operationen oder Langzeitbehandlungen, etwa bei Krebs oder HIV. Diese Kosten überfordern die informellen Netzwerke, die in Berlin gut funktionieren.

Der Verwaltung kommt hier die Aufgabe zu, sich für die gesundheitliche Versorgung aller Menschen zu engagieren. Berlin sieht sich in der Verantwortung, soziale und gesundheitliche Härtefälle, die aufgrund eines illegalen Aufenthalts entstehen, abzuwenden. Dafür wurde unter anderem die gesundheitliche Versorgung von schwangeren Frauen ohne Aufenthaltsstatus verbessert: Seit August 2008 erhalten

Schwangere drei Monate vor bis drei Monate nach Geburt des Kindes eine Duldung, die ihnen eine gefahrlose Entbindung ermöglicht – eine Regelung, die es nur in Berlin gibt. Weitere Möglichkeiten für den gesundheitlichen Schutz von Menschen ohne Aufenthaltsstatus werden intensiv geprüft.

## Demokratie stärken, Freiheit festigen

Geht es darum, in einer Stadt die Menschenrechte zu wahren, spielt auch die Bekämpfung von Fremdenfeind-

lichkeit, Rassismus und Homophobie eine wichtige Rolle. Rassistische Beschimpfungen bei Fußballspielen, Diskriminierungen von Migrantinnen und Migranten bei der Wohnungssuche, antisemitische Beleidigungen unter Schülern oder gar gewalttätige Übergriffe gegen Andersdenkende oder Andersaussehende finden sich nicht nur in bestimmten Stadtteilen oder bei bestimmten Bevölkerungsgruppen. Sie gehören leider zum Alltag. Laut Verfassungsschutzbericht von 2008 geht zwar die Zahl der als rechtsextrem eingestuften Berliner zurück, doch die rechtsmotivierten Gewalttaten nehmen zu.

Gegen Vorurteile und menschenverachtende Ideologie kann man handeln. In der Hauptstadt gibt es eine ermutigende Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich mit Rechtsextremismus und Antisemitismus auseinandersetzen und dagegen stark machen. Allerdings wäre es verfehlt, die Eindämmung des Extremismus den bürgerschaftlichen Organisationen zu überlassen. Berlin zeigt hier Gesicht und setzt alles daran, die Weltoffenheit zu stärken, auf die viele Berlinerinnen und Berliner zu Recht stolz sind.

Bereits im Jahr 2000 hat der Senat ein umfassendes Maßnahmenpaket gegen

Rechtsextremismus vorgelegt. Seither ist in Berlin eine in Deutschland einzigartige Dichte erfolgreicher und kompetenter Projekte entstanden, die dazu beitragen, dass sich der Rechtsextremismus in Berlin vergleichsweise schwer entfalten kann.

Im Juni 2008 wurde im Senat die Berliner Landeskonzeption „Demokratie. Vielfalt. Respekt. – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ verabschiedet. Sie bündelt die Projekte und Initiativen und setzt neue Schwerpunkte. Ein Schwerpunkt ist die Verbesserung des Opferschutzes sowie der sogenannten „Mobilen Beratung“. Mobile Beratung begleitet und berät

**Gastbeitrag** Traudl Vorbrodt von der Katholischen Friedensbewegung Pax Christi, Mitglied der Berliner Härtefallkommission

## Berliner Flüchtlingspolitik: Erfolge und Herausforderungen

# TRAUDL VORBRODT

Einschneidenden Regelungen (z.B. Schengener Grenzkodex und Dublin I und II) auf europäischer Ebene ist es zu „verdanken“, dass nur noch vergleichsweise wenige Schutz- und Hilfesuchende nach Berlin kommen können. Auch deshalb gibt es hier für Flüchtlinge keine Zeltstädte mehr. Warum aber noch das Sammellager Motardstraße und die Abschiebehaftanstalt?

In aller Regel werden die Asylverfahren innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen; allerdings überwiegend negativ für die Betroffenen. Die medizinische Versorgung ist weitgehend gewährleistet, entspricht aber noch immer nicht der der übrigen Bevölkerung. Große Fortschritte wurden im Bereich Schule und Ausbildung erzielt. Schulbesuch bis zum Abschluss des 10. Schuljahres ist verpflichtend und eine schulische Ausbildung bis zur anerkannten Abschlussprüfung ist selbst für „Geduldete“ möglich. Leider wird ein Studium noch immer nicht erlaubt. Ganz besonders unverständlich ist das weiterhin und weitgehend bestehende Arbeitsverbot. Das ist nicht nur das größte Integrationshindernis, sondern belastet auch, und für die Menschen unbeeinflussbar, den Sozialhaushalt. Das erfreulich große Angebot von hochwertigen Qualifizierungsangeboten läuft deshalb Gefahr, zu perspektivloser Freizeitbeschäftigung zu verkommen.

Dank einiger Bleiberechtsregelungen konnten in Berlin mehrere Hundert der Tausende von langjährig nur geduldeten Menschen eine realistische Aufenthaltsperspektive erhalten. Dieser bis Ende 2009

bestehenden Regelung steht nun die vielzitierte Wirtschaftskrise entgegen, denn ein dauerhafter Aufenthalt bedingt die Lebensunterhaltssicherung aus eigener Erwerbstätigkeit. Völlig ungeklärt ist noch immer, ob ein eventuell erlangter Aufenthalt auch im Rentenalter beibehalten werden kann, wenn die Rente dann unzureichend ist. Auch hier: Integration mit welcher Perspektive?

Nicht zuletzt dank der beharrlichen Bemühungen Berlins wurde 2005 eine umfassende Härtefallregelung im Ausländerrecht festgeschrieben. Dieses Gnadenrecht erlaubt der obersten Landesbehörde, Menschen ausschließlich aus humanitären Gründen Aufenthalt zu gewähren. Seit 2005 ist Berlin hier bundesweit führend und es möge in Zukunft mindestens so bleiben.

Die Anstrengungen in Berlin um die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak zeigen, wie Schutzsuchende empfangen und betreut werden sollten. Auch hier muss auf allen Ebenen daran gearbeitet werden, dass Berlin nicht nur ein kurzer Erholungsurlaub, sondern eine neue Heimat wird.

Abschließend: Menschen, die bei und mit uns leben, müssen unser ganzes Land kennenlernen und nicht nur den Bereich der Ausländerbehörde, der sie zufällig zugewiesen wurden. Die Residenzpflicht ist ersatzlos zu streichen.

Traudl Vorbrodt  
Pax Christi



Foto: UNHCR



Fotos: Barbara Dietl



Initiativen, Organisationen, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Einzelpersonen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren. Dabei werden auch Migrantenorganisationen einbezogen und als Akteure sichtbar gemacht.

Zur Demokratie-Strategie in der Einwanderungsstadt gehört auch, den verstärkt auftauchenden Antisemitismus – vor allem unter muslimischen Jugendlichen – als Herausforderung zu erkennen. In Berlin verbreiten nicht nur neonazistische Organisationen und rechtsextreme Parteien ihr Gedankengut, auch türkische und kurdische Nationalisten, islamistische Organisationen und ihre zum Teil in Deutschland verbotenen Medien streuen demokratieverneinende und antisemitische Ideologien.

Hier kommt der präventive Ansatz des Landeskonzepts für Demokratie, Vielfalt und Respekt zum Zug: Extremismus ist in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen ein Thema. Und Lehrer/-innen, Erzieher/-innen und Pädagogen/-innen werden für entsprechende Anzeichen und Ideologien sensibilisiert und reagieren darauf. Ohnehin stehen Toleranz und gemeinsame Werte mit dem gemeinsamen Ethikunterricht für alle Schüler auf dem Lehrplan.

Mit der Landeskonzeption liegt in Berlin erstmals eine langfristig angelegte Gesamtstrategie zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vor. Ein

Um eine Kultur des Respekts zu entwickeln und demokratische Werte offensiv zu verteidigen, hat der Senat eine Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus entwickelt und den „Ratschlag für Demokratie“ gegründet.

#### ◆ Beispiel für eine erfolgreiche Empfehlung der Härtefallkommission

Eine Indonesierin hat vier Jahre lang unter sklavenähnlichen Bedingungen im Haushalt eines Diplomaten gearbeitet, davon 2,5 Jahre in Deutschland. Sie musste bis zu 19 Stunden täglich arbeiten, erhielt keinen Lohn und nur wenig zu essen. Aufgrund einer schweren Erkrankung kam sie ins Krankenhaus und ihre Situation wurde bekannt. Jedoch war ihr Protokollausweis, den

sie als Hauspersonal erhalten hatte, während des Krankenhausaufenthaltes bereits abgelaufen. Sie hätte also abgeschoben werden müssen. Die Härtefallkommission setzte sich beim Innensenator dafür ein, dass das nicht geschieht. Er nahm ihr Ersuchen an und so erhielt die Frau eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 a Aufenthaltsgesetz.

Quelle: Bilanz der Härtefallkommission, 2009

vergleichbares Konzept existiert nur im Bundesland Brandenburg.

Im Januar 2008 hat sich zudem der „Berliner Ratschlag für Demokratie“ gegründet. Dabei werben prominente Berlinerinnen und Berliner – Schauspieler, Journalisten, Kirchenvertreter, Künstler und viele mehr – mit Kampagnen für Demokratie, Anerkennung und Respekt. Sie unterstützen lokale Initiativen und Netzwerke in der Öffentlichkeit und versuchen, Bürger gegen Rassismus und Antisemitismus zu mobilisieren.

## Schutz für Frauen aus Einwandererfamilien

„Häusliche Gewalt“ ist weder ein Tabu-Thema noch Privatsache, sondern ein kriminelles Unrecht. Gewalt gegen Frauen und Kinder findet unabhängig von Einkommen, Bildungsstand, sozialer Schicht und Herkunft statt. Allerdings gibt es in Einwandererfamilien spezielle Situationen, die spezielle Ansätze erfordern. Der Schutz von Migrantinnen vor Gewalt auch aus den Reihen der eigenen Familie ist ein wichtiger Bestandteil einer Kultur des Respekts und der Demokratie.

Viele Einwanderer heiraten einen Ehepartner oder eine Ehepartnerin aus dem Herkunftsland – ein Phänomen, das besonders oft unter Türkinnen und Türken beobachtet werden kann. Oft-



Foto: ralfriedrich.de

◆ Respect Gaymes  
Jedes Jahr finden in Berlin die „Respect Gaymes“ statt. Unter dem Motto „Zeig Respekt für Schwule und Lesben“ nahmen 58 Mannschaften von Schulen und Jugendzentren an dem Fußballturnier 2009 teil. Veranstaltet wird das Event vom Lesben- und Schwulenverband in Deutschland, der vor allem Jugendliche einlädt, daran teilzunehmen.

mals kennen die Eheleute die Strukturen in Deutschland kaum und sind auf die neue Familie angewiesen, was fatale Folgen haben kann. Der Berliner Aktionsplan zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt berücksichtigt daher die Ausgangslage von Migrantinnen in besonderem Maß.

Um durch Ehegattennachzug eingereiste Frauen frühzeitig über ihre Möglichkeiten zu informieren, gibt es im Willkommenspaket des Integrationsbeauftragten Informationen über Anlaufstellen für Notfälle, die in der Muttersprache gelesen werden können. Darüber hinaus gibt es Inhalte

in den Integrationskursen, die Gewalt und Fluchtmöglichkeiten explizit thematisieren. Um den Opfern schnelle Hilfe zu bieten, fördert der Berliner Senat unter anderem sechs Frauenhäuser, 40 Zufluchtswohnungen und eine Telefonhotline.

## Stadt der Menschenrechte

Berlin lebt von seinem Ruf als weltoffene Metropole. Dazu gehört auch, dass die deutsche Hauptstadt eine Vorreiterrolle einnimmt, wenn

es um Themen wie Menschenrechte und Demokratie geht. Eine Kultur des Respekts steht ihr gut zu Gesicht. Deshalb setzt die Berliner Politik auf verschiedenen Ebenen alles daran, diese Kultur zu beleben, zu pflegen und zu wahren.

# ICH BIN BERLIN

Teilhabe von Einwanderern stärken

Wer zum „Wir“ zählt, bestimmt nicht allein das Gefühl der Gruppenzugehörigkeit, sondern auch das Grundgesetz und Staatsbürgerrecht. Zwar wird Integration oft als „weiches“ Thema wahrgenommen, das vor allem Bildung und Familie betrifft. Doch die Frage nach einer erfolgreichen Integration von Zuwanderern hat auch eine harte, rechtliche Dimension.

Wer Migranten und ihre Nachkommen integrieren will, muss sie mit Bürgerrechten versehen und ihnen Plattformen bieten, sich als solche zu engagieren. Um sich als Berliner identifizieren zu können, sollten Einwanderer/-innen ein Mitspracherecht bei Themen haben, die sie betreffen. Und sie sollten als Akteure auftreten können. Dabei gibt es in Deutschland noch rechtliche Hürden. Berlin setzt sich dafür ein, diese Hürden abzubauen. Die Möglichkeiten, die es für politische und gesellschaftliche Teilhabe jetzt schon gibt, werden gefördert und unterstützt.

## Option: Deutsch werden

Einwanderer/-innen verfügen – solange sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen – nicht über gleiche Rechte wie Deutsche. Sie können nicht wählen und sich auch nicht wählen lassen, Bezirkswahlen fallen ebenso darunter wie Bürgerentscheide. Eine Möglichkeit für rechtliche Gleichstellung ist die Einbürgerung. Nur sie

garantiert alle staatsbürgerlichen Rechte und den umfassenden Schutz des Staates.

In Berlin haben über 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund, in Stadtteilen wie Mitte oder Kreuzberg sind es sogar rund zwei Drittel der Jugendlichen. Sie machen – nicht nur demografisch – einen wichtigen Teil Gesellschaft aus. Doch ein großer Teil von ihnen hat keinen deutschen Pass. Daher wirbt Berlin vor allem unter Jugendlichen offensiv für Einbürgerung.

2006 startete unter dem Motto „PASST mir“ eine Senats-Kampagne. Mit Plakaten, Anzeigen, Radiospots und Schulveranstaltungen wurden Berliner mit Migrationshintergrund auf die Möglichkeiten der Einbürgerung aufmerksam gemacht. Die Einbürgerungskampagne lädt sie offensiv dazu ein, die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen und ihre Heimatstadt mit zu gestalten.

Prominente und wenige prominente Vorbilder zeigen in der Kampagne Gesicht und erklären, warum sie sich für den deutschen Pass entschieden haben. „Den Pass zu haben, heißt Verantwortung zu übernehmen – und Freiheiten zu bekommen. Ich kann in der Europäischen Union frei reisen. Und für viele andere Länder brauche ich kein Visum und muss mich nicht in lange Schlangen stellen“, erklärt in der Broschüre unter anderen Oktay Urkal, ehemaliger Europameister im Boxen aus Berlin-Kreuzberg.



Foto: Ferda Ataman

Durch die offensive Werbung gab es in Berlin – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – eine Steigerung der Einbürgerungszahlen. Allerdings sinkt die Zahl seit 2007 auch in der Hauptstadt. Die Kampagne wurde im Jahr 2009 daher neu aufgelegt.

Für diejenigen, die sich für Einbürgerung entschieden haben, wurde das Verfahren verbessert: Berlin hat die Bearbeitungszeiten der Anträge beschleunigt, die sich früher auf den Tischen der Bezirksbeamten gestaut haben. Das Einbürgerungsverfahren ist inzwischen gestrafft und transparent, die Antragsteller haben den Anspruch, spätestens nach sechs Monaten über

den laufenden Sachstand informiert zu werden. Zudem findet die Vergabe der Staatsbürgerschafts-Urkunden in Berlin in einem feierlichen Rahmen statt und der Pass wird nicht einfach in der Amtsstube überreicht, wie es lange Jahre der Fall war. Die Einbürgerung ist ein erfreulicher Akt. Wer die deutsche Staatsbürgerschaft will, identifiziert sich mit dieser Gesellschaft und zeigt Interesse daran, Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Einbürgerung ist daher ein guter Gradmesser für Integration und im Berliner Integrationskonzept fest verankert.

## Zwischen den Pässen

In Deutschland galt bis zum Jahr 2000 das so genannte Blutrecht als Staatsbürgerprinzip: „Deutscher ist, wer vom Deutschen abstammt“. Das bedeutete, dass ein in Kaukasien oder Sibirien geborenes Kind mit deutschstämmigen Vorfahren deutsch war, ein in Kreuzberg geborenes Kind mit türkischen Eltern türkisch. Mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts hat sich das geändert, seit 2000 gilt auch das „Bodenrecht“. In Deutschland geborene Kinder mit eingewanderten Eltern erhalten automatisch den deutschen Pass zur Staatsbürgerschaft ihrer Eltern

Der Schöneberger Steuerberater Aydin Akin demonstriert fast täglich für das Recht auf politische Teilhabe, ohne seinen türkischen Pass aufzugeben. Er lebt seit 40 Jahren in Berlin.

#### ◆ Bürgerplattform Wedding/Moabit Graswurzel-Demokratie in Berlin

Bunt, unparteiisch, gleichberechtigt, strategisch: So beschrieben die Anwesenden ihren neuen Zusammenschluss bei der Gründungsveranstaltung von „Wir sind da! Die Bürgerplattform Wedding/Moabit“ Ende 2008. Mehr als 40 deutsche, türkische, arabische, afrikanische und asiatische Gruppen und Vereine haben sich dafür zusammengeschlossen. Darunter Moscheevereine, Kirchengemeinden und andere religiöse Zentren, auch Müttergruppen, Kitas und ein Selbstständigenverband. In ihrer Größe und Vielfalt ist die Bürgerplattform einmalig in Deutschland.

Die unterschiedlichen Einheiten haben eines gemeinsam: Sie wollen die Ent-

wicklung in ihren Stadtteilen Wedding und Moabit beeinflussen. Die Idee der Bürgerplattform ist abgeleitet vom US-amerikanischen Vorbild der „Community Organizations“, Bürgerorganisationen in Stadtteilen, die ihre Probleme selbst in die Hand nehmen und politische Mitsprache erlangen. Begleitet wird sie vom Institut für Community Organizing der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin, das als Kompetenzzentrum für Bürgerplattformen in Deutschland gegründet wurde.

In Wedding und Moabit haben sich die Mitglieder aus Moabit und Wedding in drei „Aktionsteams“ aufgeteilt, die sich mit Problemen beim Thema JobCenter, Öffentlicher Raum

und Bildung beschäftigen. Sie haben konkrete Ziele formuliert und stehen in Verhandlungen mit den zuständigen Entscheidungsträgern. Dabei werden die Zusagen der Entscheidungsträger genau festgehalten und die Fortschritte in regelmäßigen Abständen abgefragt. Dazu lädt die Bürgerplattform die Verantwortlichen gelegentlich vorseitig zum Plenum.

„Es ist wichtig darauf zu achten, dass wir uns machbare, kleine Schritte vornehmen“, sagt Susanne Sander, die Koordinatorin. „Es ist viel Übung nötig, um Politikern gegenüber als gleichberechtigter Ansprechpartner aufzutreten.“ Die ehemalige Quartiersmanagerin war vor der Gründung der Plattform zweieinhalb Jahre lang

bei den einzelnen Gruppen in den Vierteln unterwegs und hatte erfragt, ob Interesse an einem solchen zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss besteht. „Die Leute schätzen, dass wir nichts für sie machen, sondern sie selbst zum Zuge kommen.“

Dabei kommen sich Menschen näher, die sich trotz Nachbarschaft wohl nie begegnet wären. Etwa ein afrikanischer Priester und ein Vorstandsmitglied eines Moscheevereins, die sich zusammen ein Zimmer während eines Seminars geteilt haben. Auch deutsche Senioren und junge Türken sitzen sonst nicht an einem Tisch und arbeiten gemeinsam an der Verbesserung ihres Stadtteils.



Foto: Sonya Winterberg

Juli 2009: Fast 500 Menschen aus den rund 40 Gruppen trafen sich zur Präsentation der Ergebnisse der Aktionsteams in der Neuen Nazarethkirche am Leopoldplatz.

dazu, vorausgesetzt mindestens ein Elternteil lebt seit über acht Jahren in Deutschland. Allerdings: Wenn die Kinder volljährig werden, müssen sie sich für einen der beiden Pässe entscheiden.

Berlin hat im Jahr 2008 eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung dieser Optionsregelung gestartet. Aus Berliner Sicht ist sie kontraproduktiv für die Integration. Sie zwingt Jugendliche, sich für das Deutschein und gegen die Staatsbürgerschaft der Eltern zu entscheiden oder umgekehrt. Eine Entscheidung, die nicht

ohne persönliche Konflikte getroffen werden kann. Zudem verursacht das Optionsmodell einen großen bürokratischen Aufwand für die Behörden. Darüber hinaus wird Mehrstaatigkeit in vielen Fällen – etwa bei der Einbürgerung von EU-Bürgern – zugelassen und ist in anderen europäischen Ländern eine Selbstverständlichkeit. Bislang war der Berliner Vorstoß im Bundesrat nicht erfolgreich, doch die Politik der Hauptstadt setzt sich auch weiterhin für das Recht auf Mehrstaatigkeit für alle Migrantinnen/-innen ein.

## Wählen können, zumindest im Bezirk

Politik soll nicht nur Rahmenbedingungen schaffen, sie sollte auch selbst ein Betätigungsfeld für Einwanderer sein. Doch das ist für Migrantinnen/-innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft bislang nicht möglich. Im Grundgesetz heißt es dazu: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Das Volk, von dem in Artikel 20, Absatz 2 die Rede ist, ist allein das deutsche Volk. In Deutschland entscheidet noch immer der Pass – und nicht der Wohnort – über das Recht, mit zu wählen. Mit einer Ausnahme: EU-Bürger besit-

zen aufgrund einer entsprechenden Verfassungsänderung seit 1994 das kommunale Wahlrecht – ein Umstand, der Nichtdeutsche in zwei Gruppen unterscheidet: „Drittstaatenbürger ohne Wahlrecht“ und „EU-Ausländer mit eingeschränktem Wahlrecht“.

Von den rund 500.000 Menschen ohne deutschen Pass in Berlin sind mehr als 300.000 gänzlich von Wahlen ausgeschlossen – obwohl sie seit vielen Jahren hier leben. Folglich gibt es Stadtteile in Berlin, in denen sich rund die Hälfte der Bewohner nicht an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen kann. Sie zahlen Steuern, ziehen ihre Kinder groß, dürfen aber weder über die Gestaltung der Spielplätze

entscheiden, noch den Bürgermeister wählen. Diese Tatsache stellt nicht nur die demokratische Legitimierung der Politik in Frage – sie grenzt Einwanderer über Generationen hinweg de facto aus der Bürgergesellschaft aus.

Integration setzt jedoch die Teilhabe von Menschen voraus, die hier eine Heimat gefunden haben. Allein das kommunale Wahlrecht würde die Identifikation mit dem Gemeinwesen enorm fördern. Deshalb engagiert sich Berlin seit vielen Jahren dafür, dass auch Nicht-EU-Bürger einen Stimmzettel bei den Lokalwahlen abgeben dürfen. 2007 hat das Land gemeinsam mit Rheinland-Pfalz einen entsprechenden Gesetzentwurf beim Bundes-

rat eingereicht. Bislang kam jedoch keine verfassungsändernde Mehrheit in Bundesrat und Bundestag zustande. Obwohl bereits in 16 EU-Ländern alle Ausländer an Kommunalwahlen teilnehmen können, fehlt in Deutschland für diese Reform noch der politische Konsens. Berlin wird sich unabhängig davon weiterhin für das Wahlrecht aller langjährigen Berliner in ihren Bezirken stark machen.

## Alternative: Mitreden durch Beiräte

Am politischen Leben teilhaben können Zuwanderer und Zuwanderinnen

◆ Erfolgreiche Einbürgerungskampagne: Mit Plakaten, Anzeigen und Informationsmaterial wirbt Berlin bei Zuwanderern für Einbürgerung. Die Botschaft: Wer in Deutschland aufwächst, soll mitgestalten.



Foto: Barbara Diefel

ohne einen EU-Pass hauptsächlich über so genannte Ausländer- oder Integrationsbeiräte. Deren Möglichkeiten sind je nach Bundesland oder Bezirksverwaltung unterschiedlich. In Berlin gibt es in den meisten Bezirken Integrationsbeiräte und seit 2003 den Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen, mit einer hervorgehobenen Stellung: Demokratisch gewählte Migrantenvertreter/-innen werden an politischen Entscheidungsprozessen auf Landesebene beteiligt und können die Interessen von Zuwanderern an die Integrationsssenatorin und Staatssekretäre aller Ressorts herantragen.

Unter dem Vorsitz der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales treffen sich die Vertreter der Landes- und Bezirksverwaltung regelmäßig mit den Migrantinnen- und nichtstaatlichen Organisationen. Der Beirat hat eine beratende Funktion. Er spricht Empfehlungen aus und kann dadurch integrationspolitische Themen an die Landespolitik herantragen und aufwerten. So wird etwa der Berliner Aktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung, den die Senatsverwaltung für Integration 2010 vorlegen will, auf Initiative des Landesbeirates erarbeitet.

Der Beirat hat sich seit seiner Gründung als effektives Gremium bewährt und wesentlich dazu beigetragen, dass Integration in Berlin als Querschnittsaufgabe der Politik verstanden wird, bei der alle Ressorts und bürgerschaftlichen Organisationen an einem Strang ziehen – und zwar auf gleicher Augenhöhe.

## Fürs Umfeld engagieren

Eine andere Möglichkeit, sich aktiv in der Gesellschaft zu beteiligen, ist das bürgerschaftliche Engagement. Das gilt es unter Einwanderergruppen zu stärken. Bereiche wie Bildung, Altenpflege und auch „Integration“ im weitesten Sinn sind heutzutage auf Engagement angewiesen. Im Nationalen Integrationsplan wurden rund 400 Selbstverpflichtungen von Migrantenverbänden festgehalten, die versprochen haben, Sprachkurse oder Elternberatungen anzubieten.

Ob im Sportverein oder bei der Hausaufgabenhilfe: In Berlin ist laut aktuellen Studien jeder vierte Bürger ehrenamtlich engagiert. Unter Zuwanderern ist diese Zahl geringer. 38 Prozent der Jugendlichen ohne, aber nur 22 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund engagieren sich nach Zahlen der Bundesregierung bislang freiwillig – hier gibt es viel ungenutztes Potenzial, das es zu aktivieren gilt. Denn bürgerschaftliches Engagement hat auch ein hohes integrationsförderndes Potenzial für die Aktiven selbst: Wer sich zusammen mit anderen für Menschen oder gemeinnützige Ideen engagiert, verbessert quasi nebenbei seine Deutschkenntnisse, knüpft Kontakte

und macht Erfahrungen, die fürs Berufsleben anerkannt werden können. Nicht zuletzt stärkt eine ehrenamtliche Tätigkeit das Selbstbewusstsein und kann ein Schritt auf dem Weg aus der Arbeitslosigkeit sein.

Aktive Migranten/-innen sind wichtige Brückenbauer in die Communities. Ihre Kompetenzen und ihr Engagement sind für das politische Gemeinwesen elementar. Häufig mangelt es Gruppen mit guten Ideen und Einsatzwillen jedoch an der nötigen Erfahrung, Anträge für Fördergelder zu stellen und bürokratische Auflagen zu erfüllen. Deswegen laufen in Berlin seit 2008 „Tandem-Projekte“. Dabei arbeiten Migrantinnenorganisationen und etablierte Träger wie Sportvereine oder Jugend- und Kulturzentren zusammen an einem Projekt und teilen die Verantwortung und die Oberhand über die Finanzen. Auf diesem Weg arbeiten sich Einwanderer in die Rolle als verantwortliche Akteure ein.

Zwar sind Migranten/-innen häufig in lokalen Vereinen engagiert, doch nur selten sind sie in großen staatlichen Programmen des bürgerschaftlichen Engagements aufzufinden, wie etwa dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ). Wohl auch deswegen, weil Migrantenselbstorganisationen bislang keine Träger waren. Da die Möglichkeit des Freiwilligendienstes in Migrantenfamilien kaum bekannt ist, ist die Aufklärungsarbeit von Migrantinnenorganisationen, die leichteren Zugang zu den Familien haben, von großem Wert.

### ◆ Integration durch Engagement: Deutsch-russische Ehrenamtsbörse

Viele Menschen schaffen es nicht, einem Verein beizutreten und verbindliche Aufgaben zu übernehmen, wollen sich aber engagieren. Um die hohe Zahl der nur flexibel Einsatzbereiten einzubinden, sind so genannte Ehrenamtsagenturen entstanden. Der Verein „Deutsch-Russischer Austausch“ etwa hat 2000 die „Deutsch-Russische Ehrenamtsbörse“ gegründet, weil immer wieder russischsprachige Berliner nach Möglichkeiten fragten, sich zu engagieren.

Die Agentur richtet sich speziell an in Berlin lebende Spätaussiedler und andere Russischsprachige. Vermittelt werden sie in Projekte, die ihre Sprachkennt-

nisse erfordern, aber auch in viele weitere Einrichtungen der Stadt. Durch die Einsätze sind sie in gesellschaftliche Aktivitäten eingebunden und arbeiten mit länger ansässigen Einheimischen zusammen.

Schätzungen gehen davon aus, dass mit Spätaussiedlern, jüdischen Kontingentflüchtlings, Angeheirateten und Studenten rund 100.000 bis 130.000 Menschen aus der Russischen Föderation und weiteren GUS-Staaten hier leben.

◆ „Unser neues Dorf“: Rund 50 Türkischstämmige aus allen Generationen besprechen Alltagsprobleme in regelmäßigen Runden. „Therapiesprache“ ist Türkisch.



Foto: privat

◆ Das Afrika-Team im Spiel gegen die Polizeidirektion 5: Seit 2005 treten in Neukölln jeden Sommer afrikanische und andere Berliner Mannschaften beim Baobab-Fußballturnier gegeneinander an. Das Spiel gegen die Neuköllner Polizei ist dabei Tradition.



Fotos: FASO Initiative e.V.

◆ **Neuköllner zeigen Eigeninitiative**  
Nord-Neukölln ist als „Brennpunkt“ bekannt. Rund die Hälfte der Bewohner ist arbeitslos. Laut Bezirksverordnetenversammlung verlassen drei von vier Jugendlichen die Schule ohne oder nur mit einem Hauptschulabschluss. Die Zahl der Straftaten steigt von Jahr zu Jahr. In Behördendeutsch ist es ein Viertel „mit besonderem Entwicklungsbedarf“. Doch das ist nur eine Seite der Medaille.

Die andere erkennt man daran, dass sich immer mehr bürgerschaftlich organisierte Gruppen für einen besseren Ruf ihres Stadtteils einsetzen. So wie etwa der 2009 gegründete Verein „Jugend Neukölln“. Engagierte Jugendliche wollen, dass ihr Zuhause nicht länger für das Klischee von kriminellen

Randgestalten im Problembezirk steht. Rund 60 Jugendliche aus Kroatien, Deutschland, Kosovo, der Türkei und anderen Ländern werben vor allem unter anderen Schülern für ihre Ideen von einem positiv besetzten Neukölln.

Ein anderer Zusammenschluss von aktiven Neuköllnern ist die Selbsthilfegruppe „Unser neues Dorf“ – türkische Großeltern, Eltern und ihr Nachwuchs treffen sich hier auf eigenen Wunsch hin unter Anleitung des Sozialarbeiters Kazim Erdoğan. In regelmäßigen Runden sprechen sie in einem Raum des Psychosozialen Dienstes Neukölln über Erziehungsfragen, Drogen, familiäre Verständnisprobleme zwischen Jungen und Alten. „Therapiesprache“ ist Türkisch.

Bereits seit 2003 gibt es zudem die Bürgerstiftung Neukölln, die erste Stadtteil-Stiftung Berlins, die sich für den Austausch der unterschiedlichen Kulturen im Bezirk engagiert. 165 Menschen aus 15 Herkunftsländern haben sie durch zeitliches und finanzielles Engagement aufgebaut. Zu den Erststiftern gehören Vereine, Unternehmen, Parteien, Kirchengemeinden, Migrantenorganisationen und Initiativen. Seither verleiht die Stiftung jährlich den „Neuköllner Bürgerpreis“ und unterstützt Aktivitäten vor Ort, wie Fotowettbewerbe, Mentorenprogramme oder auch Sportveranstaltungen wie die „Offene Afrika-Fußballmeisterschaft Berlin – Baobab“.

Um mit ihnen mehr Menschen mit Migrationshintergrund für soziales Engagement und Freiwilligendienste zu gewinnen, gibt es seit 2008 in Berlin einen neuen Ansatz: Selbstorganisationen von Migranten werden als Träger von Freiwilligendiensten geschult. Sie sollen zu eigenständigen Trägern des „Freiwilligen Sozialen Jahres“ und des „Freiwilligen Ökologischen Jahres“ qualifiziert werden.

Mit der „Türkischen Gemeinde in Deutschland“ (TGD) ist das erstmalig gelungen – sie ist als FSJ-Träger anerkannt. Ende 2009 beginnt für die ersten 20 Freiwilligen der TGD der Einsatz. Engagieren werden sie sich

in der Projektarbeit mit Jugendlichen, Krankenhäusern, betreutem Wohnen, einer Behindertenwerkstatt, einer Kindertagesstätte, im Quartiersmanagement und Altenheim.

## „Wir“ in Berlin

Beim Thema politische und gesellschaftliche Teilhabe von Einwanderern zeigt sich, inwieweit sich ein neues Verständnis vom „Wir“ eingefunden hat oder nicht:

In einer kulturell so vielfältigen Stadt wie Berlin muss allen klar sein, es ist in Ordnung, wenn Deutsche auch eine

andere Muttersprache sprechen als Deutsch oder unterschiedliche religiöse und kulturelle Hintergründe haben. Indem Zuwanderer, die lange Jahre in Berlin leben oder hier geboren sind, Bürgerrechte erhalten und sich ohne Schwierigkeiten einbürgern lassen können, vollzieht Berlin den Schritt von der Einwanderungsstadt zur Einbürgerungsstadt.

Gastbeitrag Hilmi Kaya Turan ist im Migrationsrat Berlin & Brandenburg Sprecher für Integrations- und Migrationspolitik

## Berlin ist unsere Stadt

# HILMI KAYA TURAN

Berlin ist eine Weltmetropole und hat für viele Menschen eine starke Anziehungskraft. Das ist vor allem seiner multikulturellen Lebensweise zu verdanken. Das Ineinandergreifen vielfältiger Akteure/-innen macht das Besondere Berlins aus. Personen nicht deutscher Herkunft stellen ein Viertel der Berliner Bevölkerung dar. Trotz der Chancen und Potenziale dieses Personenkreises wird Vielfalt kaum Wertschätzung entgegengebracht. In der Öffentlichkeit werden vorwiegend die Probleme des Zusammenlebens in den Vordergrund gerückt. Dieser Zustand schwächt das gesellschaftliche Zusammenleben.

Immer da wo Menschen zusammenleben wird es auch Ungleichzeitigkeiten geben, die zu meistern sind. Diese sind lösbar, wenn hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eins steht fest: Konstruktives gesellschaftliches Zusammenleben gelingt unter Mitwirkung aller gesellschaftlichen Akteure/-innen.

Doch da gibt es Hürden: Viele Studien belegen mittlerweile die vorhandenen gesellschaftlichen und strukturellen Diskriminierungen, Gesetze tragen weder der multikulturellen Struktur der Gesellschaft noch der Situation der Einwanderer/-innen und der ethnischen Minderheiten Rechnung.

Berlin ist in den letzten Jahren bemüht, die politischen Beteiligungsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund auszubauen. Ein Beispiel hierfür ist der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen, ein Beratungsgremium, das dem

politischen Ausschluss großer Bevölkerungsteile entgegen zu wirken versucht. Ein anderes Beispiel ist die Bemühung Drittstaatlern Kommunales Wahlrecht zu gewähren.

Berlin scheint erkannt zu haben, dass ohne eine Beteiligung der Einwanderer/-innen die Chancen und Potenziale der multikulturellen Gesellschaft nicht ausgeschöpft werden können. Diese Erkenntnis verpflichtet und lässt auf entsprechende Änderungen hoffen. Die Organisationen der Einwanderer/-innen sind gerne bereit ihren Anteil zu leisten.

Hilmi Kaya Turan  
Migrationsrat Berlin & Brandenburg



Foto: Migrationsrat

# WIE ES WEITERGEHT

Jeder vierte Berliner hat einen Migrationshintergrund – eine Alternative zur Integration gibt es also nicht. Dabei will die Hauptstadt auch weiterhin eine Vorreiterrolle einnehmen und ihren Ruf als welt-offene Metropole wahren.



# AUSBLICK UND ZUSAMMENFASSUNG

In regelmäßigen Abständen kocht in der deutschen Öffentlichkeit eine aufgeregte Debatte über das angebliche Scheitern der Integration hoch. Anlass dafür können islamistisch motivierte Anschläge sein, Studien über den Stand der Integration oder neueste statistische Angaben über jugendliche Kriminelle aus Einwandererfamilien. Dennoch: **Von einer gescheiterten Integration in Berlin kann nicht die Rede sein.**

Scheitern bedeutet, etwas ohne Erfolg zu beenden. Doch für ein abschließendes Urteil ist die wiedervereinigte Stadt mit ihren besonderen Herausforderungen viel zu jung – Berlin ist in seiner heutigen Gestalt erst 20 Jahre alt. Integration dagegen ist ein langwieriger Prozess, der nicht nach ein, zwei politischen Legislaturperioden abgehakt werden kann. Eine längst überfällige, umfassende Integrationspolitik hat sich in der Stadt auf den Weg gemacht. Und Scheitern ist hier keine Alternative: Die Wurzeln von einem Viertel der Berliner liegen in Polen, Russland, der Türkei, dem Nahen Osten, dem Balkan und am Mittelmeer.

**Die Berliner Integrationspolitik hat in den vergangenen Jahren einen fundamentalen Wandel durchlaufen:** Sie hat 2007 zum ersten Integrationsgipfel auf Landesebene eingeladen und ein Integrationskonzept unter Beteiligung aller politischen Ressorts verankert. Seither sind Handlungsfelder wie die Reform des Bildungswesens, die Förderung von Zuwanderern auf dem Arbeits-

markt oder Projekte auf Bezirksebene für ein gutes Zusammenleben nicht mehr voneinander losgelöst zu betrachten: Sie sind eingebettet in ein zentral koordiniertes und evaluiertes Integrationskonzept, in dem sich Handlungen bewusst überschneiden. Etwa dann, wenn Stellen für Langzeitarbeitslose als Gemeindedolmetscher geschaffen werden, die in Einwanderervierteln dabei helfen, bürokratische Hürden abzubauen.

Dieses koordinierte Vorgehen zeigt trotz nach wie vor bestehender schwieriger Rahmenbedingungen Wirkung. Das belegt unter anderem der erste Umsetzungsbericht des Integrationskonzepts, den der Senat 2009 vorgelegt hat. Die Daten weisen Erfolge auf, machen aber auch deutlich, wo es weiterhin große Herausforderungen gibt. In den Bereichen Beschäftigung und Schule gibt es positive Fortschritte. Zugleich bleibt der ökonomische Druck, unter dem die Berliner Bevölkerung steht, noch immer sehr groß. Die Folgen des industriellen Abbaus seit dem Mauerfall sind unter Einwanderergruppen – vor allem in der türkischen Bevölkerung – noch immer am stärksten spürbar.

**Berlin wird, Berlin muss diesen Weg hin zu mehr Verbindlichkeit und Perspektive in der Integrationspolitik weiter gehen. Die Empfehlung des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen für ein Integrationsgesetz sind dafür ein wichtiger Schritt. Damit soll eine gesetzliche Grundlage für den Landesbeirat, die interkultu-**

**relle Öffnung der Behörden sowie die Berücksichtigung von Migranten/-innen bei öffentlichen Ausschreibungen geschaffen werden.** Zudem soll eine bessere Abstimmung mit den Bezirken ermöglicht werden. In der flächengrößten Stadt Deutschlands sind einheitliche Ziele und Standards für die Integrationsarbeit notwendig. Nur sie können gewährleisten, dass Berliner ohne deutschen Pass überall in der Stadt an der Gestaltung des Gemeinwesens teilhaben können.

## Berliner Leitlinien

Ist von Integration die Rede, taucht oft die Formel „fördern und fordern“ auf. Das Fordern ist bereits stark im bundesweiten Zuwanderungs- und Staatsbürgerrecht geregelt, wo eindeutige Voraussetzungen für eine Aufenthaltsgenehmigung und Einbürgerung gestellt werden. Vor Ort muss Integrationspolitik jedoch gestaltet werden. Hier kommt es darauf an, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Menschen sich in die Gesellschaft einbringen wollen und können.

Berlin betrachtet Integrationspolitik nicht als Sozialpolitik für eine benachteiligte Minderheit, sie ist eine notwendige Strategie, um die Potenziale der Einwanderungsstadt zu nutzen. Die in dieser Broschüre vorgestellten Leitlinien sind zentral für die Umsetzung dieser Politik. Aus den bisherigen Erfahrungen haben sich folgende Kernfelder für die Zukunft herausgestellt:

1



Foto: Daniela Inconato

2



3



Fotos: Barbara Dielt

Die positive Grundstimmung in Berlin zeigt, dass Vielfalt – trotz aller Probleme in der Einwanderungsstadt – ein Gewinn ist. Kulturelle Verschiedenartigkeit hervorzuheben und zu fördern ist eine Aufgabe, der sich die Berliner Kultur- und Stadtteilpolitik widmet. Dazu gehört auch, sich auf Landesebene gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus stark zu machen – sowohl unter Alteingesessenen wie unter Einwanderern/-innen.

Das Zusammenleben von unterschiedlichen Menschen gelingt am besten dort, wo sie einem Beruf nachgehen. Die Berliner Politik muss daher verhindern, dass sich über Generationen hinweg Erwerbslosigkeit und Armut unter Einwanderergruppen verfestigen. Die Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Migrationshintergrund nachhaltig zu verbessern, ist eine drängende Aufgabe und wird auf vielen Ebenen in Angriff genommen.

Das Bildungswesen wirft Einwandererkinder systematisch aus der Bahn. Erfahrungen von mangelnden Aufstiegschancen oder Misserfolg ziehen sich in bildungsfernen Familien somit durch Generationen hindurch. Der Senat hat mit tiefgreifenden Reformen begonnen, sowohl in der Schulstruktur wie auch bei der pädagogischen Ausrichtung an Schulen. Berliner Schulen sollen sich von Orten der Lernstoffvermittlung zu Integrationszentren wandeln. Dazu ist vieles in Berliner Grundschulen bereits umgesetzt. Mit Einführung der neuen Sekundarschule soll dieser Reformprozess auf die weiterführenden Schulen ausgeweitet werden.

4



Der Erfolg der Integrationspolitik wird daran bemessen werden, wie zugänglich und anpassungsfähig die Berliner Institutionen sind. Um den Wandel in der Einwanderungsstadt aktiv zu gestalten, setzt Berlin auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. In Job-Centern und der Ausländerbehörde wurde bereits mit einer entsprechenden Reformierung begonnen. Außerdem weitet Berlin die Kampagne „Berlin braucht dich!“ aus: Bis 2013 soll in Behörden und Betrieben mit Landesbeteiligung jeder vierte Auszubildende einen Migrationshintergrund haben.

5



Jeder Bezirk in Berlin ist für sich genommen so groß wie eine mittlere deutsche Großstadt – gerade hier kommt es auf die Nachbarschaft an, wenn ein gutes Zusammenleben gelingen soll. Eine intensive Stadtteilpolitik ist grundlegend für eine Einwanderungsstadt wie Berlin. Hier braucht es niedrigschwellige Angebote und Arbeitsgemeinschaften mit Einwanderern/-innen, ebenso wie eine enge Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirken.

6



Berlin engagiert sich für politisch Verfolgte und andere Flüchtlinge. Die Berliner Integrationspolitik richtet sich auch an diejenigen mit den wenigsten Möglichkeiten zur Teilhabe, also an jahrelang Geduldete, Asylbewerber/-innen und Menschen ohne Aufenthaltsstatus. Sie brauchen eine Perspektive auf Integration, indem die Politik bessere Erwerbschancen durchsetzt und für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus eine gesundheitliche Versorgung sicherstellt.

7



Fotos: Barbara Dietl

Um Integration erfahrbar zu machen, muss Einwanderern/-innen das Recht auf Teilhabe gewährt werden. Wer jahrelang Steuern zahlt und seine Kinder hier groß zieht, sollte auch mitbestimmen dürfen, ob auf einem öffentlichen Grundstück ein Kindergarten oder ein Parkplatz gebaut wird. Deshalb setzt sich Berlin für ein kommunales Wahlrecht für Migranten ein, soweit das möglich ist. Außerdem wirbt der Senat vor allem unter Jugendlichen aus Einwandererfamilien für ihre Einbürgerung. Nur sie garantiert die vollen staatsbürgerlichen Rechte.

Bei der Umsetzung dieser Leitlinien setzt der Senat auf eine transparente und objektiv nachvollziehbare Politik. Er hat Indikatoren entwickelt, mit denen sich messen und einschätzen lässt, ob die Ziele der Integrationspolitik tatsächlich erreicht wurden. Dabei ist die Hauptstadt bundesweit Vorreiter.

Auch in Zukunft werden die Fortschritte der Integration in regelmäßigen Berichten untersucht. Der Senat hat die vergangenen Jahre wie geplant dafür genutzt, eine bessere Datenbasis über die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten zu schaffen. Nur sie macht eine nachhaltige Auswertung der Fortschritte in der Integrationspolitik möglich.

## Vielfalt als Kapital, nicht als Hürde

Das Thema Integration genießt in Berlin höchste Priorität. So gesehen haben die aufgeregten Integrationsdebatten der letzten Jahre auch ihr Gutes: Wie Einwanderung und Integration gestaltet wird, ist als zentrale Frage in der Gesellschaft angekommen. Selbst diejenigen, die von einer „gescheiterten Integration“ sprechen, müssen sich konsequenterweise fragen, wie es weitergeht und damit wieder auf die Wege verweisen, die bereits betreten werden: Arbeit, Bildung, Chancengleichheit – das ABC der Integration. Hier kommt der Metropole Berlin

zugute, dass sie von Anfang an Erfahrung mit Einwanderung gesammelt und schon viele Integrationsprozesse hinter sich hat. Hugenotten, Böhmen, Polen, Russen und jüdische Zuwanderer haben die Kultur der Stadt und ihrer Bevölkerung stark geprägt. Auch bei ihnen verlief Integration nicht immer konfliktfrei und dauerte bisweilen seine Zeit. Doch im Nachhinein ist das vergessen.

Heute ist Berlin vor allem geprägt von Flüchtlingen aus den „Balkankriegen“, dem Nahen Osten und ehemaligen „Gastarbeitern“, die aus Italien, der Türkei und anderen Ländern kamen, um das schiefe Wirtschaftswunder aufzurichten und in Fabriken zu arbeiten. Berlin ist – nicht zuletzt dank ihnen – eine Stadt von internationalem Rang. Damit das auch weiterhin der Fall ist, muss sich Berlin seinen Ruf als weltweite Metropole bewahren. Deshalb versteht die Hauptstadt ihre Vielfalt als Kapital, nicht als Hürde.

### Impressum

#### Herausgeber

Senatsverwaltung für Integration,  
Arbeit und Soziales  
Der Beauftragte des Senats von Berlin  
für Integration und Migration  
Potsdamer Straße 65  
10785 Berlin  
Telefon 030/90 17 23 51  
Fax 030/90 17 23 20

E-Mail: [Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de](mailto:Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de)  
Internet: <http://www.integrationsbeauftragter.berlin.de>

#### Gestaltung

kursiv, Katrin Schek  
[www.kursiv-berlin.de](http://www.kursiv-berlin.de)

#### Druck

Oktoberdruck AG, Berlin

Copyright © 2009 Der Beauftragte  
des Senats von Berlin für Integration  
und Migration

Berlin, Dezember 2009

ISBN: 978-3-938352-43-4



Copyright © 2009 Der Beauftragte des Senats  
von Berlin für Integration und Migration  
<http://www.integrationsbeauftragter.berlin.de>

ISBN: 978-3-938352-43-4

Vielfalt ist das Kennzeichen und das große Potenzial Berlins. Vielfalt in Kultur, Wirtschaft, Politik, Religion.

Migrantinnen und Migranten haben die neue Vielfalt der Stadt entscheidend mitgeprägt und sie gestalten sie weiter aus. Rund ein Viertel der Berlinerinnen und Berliner kann auf einen Migrationshintergrund verweisen.

Vielfalt ist Bereicherung und Herausforderung zugleich. Soziale Problemgebiete stoßen an Stadtteile, wo die Wirtschaft der Kreativszene boomt. Immer mehr Einwanderer zählen zu den Aufsteigern und werden Teil einer neuen Bürgerlichkeit. Sie entsprechen nicht den Klischees von Prekariat und Bildungsferne. Andere rutschen auf die Seite der Verlierer, wenn sie es nicht schaffen, die Mauern sozialer Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und Diskriminierung zu überwinden.

Die vorliegende Veröffentlichung gibt einen Überblick über die integrationspolitischen Ansätze, Handlungsfelder und Leitlinien, mit denen Berlin sich dem Wandel zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft stellt.

Einwanderung fordert von Politik und Gesellschaft neue Gestaltungsansätze und Lösungsvorschläge: Wie gelingt es, trotz großer Gegensätze in Sozialstruktur, Bildung, Herkunft, allen Teilen der Bevölkerung eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen?

Der Berliner Senat hat in seinem Integrationskonzept Antworten auf diese Herausforderungen gegeben und setzt sich zum Ziel, Vielfalt zu fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken:

**Arbeit – Bildung – Chancengleichheit, sie sind das ABC der Berliner Integrationspolitik.**